

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 99

NOVEMBER/DEZEMBER 1992

50 Pfennig



Spartakist

Berlin, 4. November: Spartakisten demonstrieren gegen Volksfrontillusion, für Arbeiter-Einheitsfrontaktion gegen Nazis

Eier auf Heuchler – Massenempörung gegen Nazi-Terror

Rassistische Volksfront will Asylrecht vernichten

Mit dem Rostocker Pogrom im letzten August sind die faschistischen Angriffe in ganz Deutschland ungeheuer angestiegen, besonders gegen Immigranten. Dies ist Teil der allgemeinen Welle des rassistischen Terrors in Europa, die sich im Vierten Reich des deutschen Imperialismus zuspitzt. Aber in den letzten Wochen sind von Rom über London bis Berlin und Bonn Hunderttausende auf die Straßen geströmt, um gegen Nazi-Terror und Rassismus zu protestieren. In Italien haben die Kämpfe der Jugendlichen und Arbeiter das Land bis an den Rand eines Aufruhrs gebracht. In Deutschland waren allein am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, in allen Großstädten Zehntausende auf den Straßen, um gegen Nazi-Terror und Antisemitismus zu protestieren.

Vor allem Jugendliche haben die Schnauze voll von der rassistischen Hetze und Heuchelei aller Bonner Parteien, die mit ihrem Gerede über die „Würde des Menschen“ entschlossen sind, das Asylrecht zu vernichten und Massen-

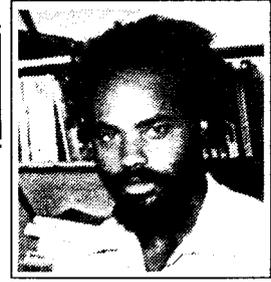
deportationen von Zehntausenden Flüchtlingen und Immigranten in Gang zu setzen. Nachdem die rassistische Volksfront mit der Asyldebatte den Nazi-Terror entfacht hat, belohnt sie ihn, indem sie das faschistische Programm der Abschiebungen und Sammellager ausführt. Der Anstieg des blutigen rechten Nationalismus ist das direkte Ergebnis der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, gegen die die Spartakist-Arbeiterpartei und die Internationale Kommunistische Liga von Anfang an gekämpft haben. Die SpAD und IKL haben gewarnt, daß die Restauration des Kapitalismus Massenverelendung, mörderische Nazi-Pogrome und blutigen Bürgerkrieg bringen würden. Genau das ist mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in der ehemaligen DDR und in ganz Osteuropa passiert und reicht jetzt bis in die ehemalige UdSSR.

Mit dem Kampf gegen rassistischen Terror und die anti-kommunistische Hexenjagd setzen wir Trotzlisten den

Fortgesetzt auf Seite 21

Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!

**Aus der Todeszelle:
Hier spricht Mumia Abu-Jamal**



Greuelthaten in Rostock

Es ist ein Jahr vergangen seit den rassistischen Greuelthaten von Hoyerswerda, der kleinen ostdeutschen Stadt, in der Rednecks und Skinheads Flüchtlingsunterkünfte niederbrannten, während die Polizei zusah und die Nachbarn applaudierten. Ein Jahr später, und das ganze Deutschland, Ost und West, ist gefangen in einer anwachsenden Periode von Ausländerfeindlichkeit: politische Ausbeutung der Feindschaft gegen Fremde, auf Deutsch „Ausländer“ genannt.

Die Bilder aus der Hafenstadt Rostock, Horden von neofaschistischen Jugendlichen, die die Wohnungen von vietnamesischen Familien niederbrennen, während wieder die Bullen danebenstehen und Nachbarn zustimmend klatschen, zeigt, daß Hoyerswerda nichts als ein häßlicher Anfang einer landesweiten Kampagne von nackter rassistischer und flüchtlingsfeindlicher Unterdrückung war.

Politiker, erpicht darauf, ihre Wählerschaft zu vergrößern, haben sich fast ausnahmslos geweigert, das Gemetzel, den Terror und die Brandstiftungen zu verurteilen, und entschieden sich statt dessen dafür, Vorbehalte gegen Flüchtlinge wiederzugeben, wodurch sie dem Brand des fremdenfeindlichen Hasses Nahrung geben. Ihre einzigen Bedenken galten dem deutschen „Image im Ausland“, nicht den Nöten der Menschen, der Sicherheit, der persönlichen Unversehrtheit von Familien, die durch Brandlegen in der Nacht terrorisiert werden.

Ein Kommunalpolitiker rechtfertigte das Pogrom, indem er die Flüchtlinge als „zu laut, zu schmutzig und zu faul“ herabwürdigte.

Andere haben sich für die Streichung des Artikels 16 des BRD-Grundgesetzes stark gemacht, der Klausel, die das Asylrecht garantiert.

In gewisser Hinsicht ist das Feuerlegen in Rostock ein geistiger Abkömmling von Bitburg, wo der US-Oberbefehlshaber, der damalige Präsident Reagan, vor den Nazi/SS-Toten salutierte und somit der Neonazi-Bewegung in Deutschland imperialistische Legitimität verschaffte. Sein Besuch war ein Vorläufer für die Feiern der Waffen-SS auf

dem Kriegsgräberfriedhof in Halbe, südlich von Berlin, im November 1991. Die Regierungsvertreter sagten, sie würden die Versammlung verhindern, aber schließlich taten sie nichts, genau wie in Hoyerswerda und in Rostock.

In Rostock standen nicht nur die Bullen untätig daneben, während faschistoide Mobs eine Unterkunft von Vietnamesen mit Brandsätzen bewarfen, die Feuerwehr machte es kaum besser, weil sie unfähig war, die Flammen der Zerstörung zu ersticken.

Die Unfähigkeit oder der Unwille des Staates zu handeln erstreckte sich jedoch nicht auf deutsche Antifaschisten. Tage später, als sie zu einer Gegendemonstration in Rostock aufriefen, trafen sie auf 4000 Bullen, die mehr als 5000 antifaschistische Demonstranten sieben Stunden lang an Polizei-Kontrollstellen auf den Landstraßen aufhielten.

Die Verzögerung schien jedoch zu ihren Gunsten zu wirken, als mehr als 20 000 Leute von antifaschistischen und autonomen Gruppen, Gewerkschafter, die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die Grünen, Gruppen von Einwanderern und andere Organisationen am 29. August eine Demonstration durchführten, um die Greuelthaten von Rostock anzuprangern.

Dies trotz der verzerrten Presseberichterstattung, die die Antifas als „gewalttätigen linken Mob“ darstellte, trotz der Einschüchterung und versuchten Hinderung durch die Polizei, trotz der politischen Verurteilungen, die nur denjenigen zugedacht wurden, die den Mut hatten, sich dem Terrorismus entgegenzustellen, nicht den Terroristen selbst.

Wie die „Antifa“-Bewegung wächst, so wächst auch die Welle von staatlich geschürtem Haß, der die Stadt Kretzin in Brandenburg traf, wo ein weiteres Heim mit Molotow-Cocktails beworfen und niedergebrannt wurde.

In den Straßen und Alleen des wiedervereinigten Deutschlands wird die Zukunft Europas und eines großen Teils der Welt geschmiedet.

Die Zeit wird zeigen, ob es eine Zukunft der Hoffnung sein wird oder eine Zukunft von Pogromen.

24. September

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus,
Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Doris Köhn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: Michael Jäger

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (0 30) 4 91 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 99

November/Dezember 1992

Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Black Panther und anerkannter schwarzer Journalist aus Philadelphia, bekannt als die Stimme der Entrechteten, sitzt im Gefängnis in Huntingdon, Pennsylvania, in der Todeszelle. Wegen seiner politischen Ansichten und seiner Unterstützung für die radikale schwarze Organisation MOVE wurde Mumia mit abgekarteten Beschuldigungen angeklagt. Er wird jetzt mit dem Tode bedroht, weil er das rassistische kapitalistische System angreift. Mumias Artikel erscheinen gelegentlich in *Workers Vanguard*, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S., und in vielen anderen Zeitungen.

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) schließt sich der internationalen Kampagne an, die vom Partisan Defense Committee in den USA initiiert wurde, um das Leben von Mumia Abu-Jamal vor der rassistischen amerikanischen Lynchjustiz zu retten. Schreibt an das KfsV: c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21, Telefon (0 30) 4 91 45 48, Fax (0 30) 4 91 14 79 oder c/o Bernd Fiedler, Postfach 11 17 48, 2000 Hamburg 11. Wenn ihr direkt Kontakt zu Mumia aufnehmen wollt, schreibt an: Mumia Abu-Jamal, AM8335, Drawer R, Huntingdon, PA 16652, USA.

Trotzkisten sagen: Freiheit für Erich Honecker!



Le Bolchévik



Thilo Rückels/Tagesspiegel

Paris, 7. November (links) und Berlin, 12. November (rechts): Genossen der IKL, die von der DDR bis zur UdSSR gegen die Konterrevolution kämpfte, demonstrieren für die Freilassung von Erich Honecker

Am 12. November startete der antikommunistische Racheprozeß des Vierten Reichs gegen den ehemaligen DDR-Staatschef Erich Honecker und fünf andere Repräsentanten des ehemaligen Arbeiterstaates DDR. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands protestierte zusammen mit dem

Die Verteidigung der DDR war kein Verbrechen, der Ausverkauf war es!

Komitee für soziale Verteidigung vor Beginn dieses obszönen Schauprozesses vor dem Amtsgericht Tiergarten und rief: Schluß mit der antikommunistischen Hexenjagd! Freiheit für Erich Honecker! Der Kundgebung der Spartakisten schlossen sich am Ende auch Unterstützer des „Erich-Honecker-Solidariätskomitees“ an. Wie wir in unserer Presseerklärung sagten:

„Nazi-Pogrome in Rostock, die geplante Massendeportation der Roma und antikommunistische Schauprozesse in Berlin sind die schmutzige Fratze ihrer kapitalistischen Konterrevolution, die Kohl und Engholm mit ihrer Großkundgebung am 8. November übertünchen wollen. Der Honecker-Prozeß ist der Höhepunkt der SPD-geführten Hexenjagd, die sich gegen alles richtet, was an den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland und den daraus entstandenen deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert. Für das ‚Verbrechen‘, die DDR verteidigt zu haben, hat die SPD-Justizsenatorin Jutta Limbach jetzt Honecker ins Moabiter Gefängnis geworfen, wo der antifaschistische Widerstandskämpfer schon von der Gestapo eingekerkert worden war. Schon die Entscheidung des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten, den Prozeß gegen Honecker anzufangen, ist ein Todesurteil für den schwerkranken 80jährigen.“

In allen Fernsehnachrichten von ARD, ZDF bis RTL und in internationalen TV-Stationen wie CNN und BBC wurde über den Protest der Trotzkisten berichtet. SAT1 kommentierte am 13. November, „die Spartakisten stehen nicht allein mit ihrem Protest, schließlich sind 43 Prozent der Bundesbürger gegen den Honecker-Prozeß“. Fast alle Tageszeitungen erwähnten unsere Demonstration. Nur Neu-

es Deutschland und die „alternativ“-antikommunistische taz unterschlugen den Protest. Wen wundert's, ist doch für sie die Verteidigung des Arbeiterstaats DDR ein Verbrechen, und nicht sein Ausverkauf! Einige linke Gruppen, wie *Avanti*, die wir zum gemeinsamen Protest aufforderten, erklärten „persönlich“ ihre Solidarität. Aber gegen die SPD auf die Straße zu gehen, ist nicht ihre Sache.

Bereits die zwei stattgefundenen Gerichtstage zeigen die Blutrünstigkeit der Rachejustiz! Der geplante Schauprozess mußte nach 40 Minuten vertagt werden, da Willi Stoph aufgrund eines Herzanfalls nicht dem antikommunistischen Tribunal vorgeführt werden konnte. Beim zweiten Gerichtstag erlitt der leberkrebskranke Honecker einen Schwächeanfall. Die Anwälte sprechen zu Recht von „Siegerjustiz“.

Das Verfahren gegen den kranken Ex-Stasi-Chef Mielke mußte abgetrennt werden, damit er zumindest dem Folterprozeß aufgrund von Anklagen aus der Nazi-Zeit ausgeliefert werden kann. Zeitgleich wird ein monströser Prozeß gegen die Waldheim-Richter angezettelt, weil sie im Arbeiterstaat DDR Nazi-Kriegsverbrecher aburteilten.

Am 7. November protestierten vor der deutschen Botschaft in Paris über 40 Trotzkisten im Block der Ligue Trotskyste de France bei einer Kundgebung von 100 Leuten vor der deutschen Botschaft in Paris, zu der das „Erich-Honecker-Komitee“ aufgerufen hatte. Diese Gruppe aus dem Umfeld der Kommunistischen Partei Frankreichs war zwar gegen den kapitalistischen Anschluß der DDR, aber natürlich nur, um den Status quo zu erhalten und politisch die stalinistische Bürokratie zu verteidigen. Deshalb spalteten sie sich sektiererisch vom Protest der Trotzkisten ab.

Die neuen Parteigenossen von Honecker, die KPD, wünschen Erich „Standhaftigkeit“, den Prozeß durchzustehen, und möchten vor allem einen größeren Gerichtssaal. Sie fordern nicht einmal seine Freilassung!

Die SPD war der Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung. Heute steht sie an der Spitze der Hexenjagd. Die deutsche Bourgeoisie geht gegen die DDR-Repräsentanten und ihre Grenztruppen vor, um die Arbeiterklasse einzuschüchtern.

Und was die Mauer betrifft, muß man dazu die Wahrheit
Fortgesetzt auf Seite 4

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Immigranten berichten über Polizeiterror

HALLE – Heutzutage schauen die Bullen nicht nur weg, wenn es rassistischen Terror gibt, sie sind immer mehr die Täter. Kein Zufall, daß die rassistische Volksfront Nazi-Überfälle ausnutzt, um mehr Polizei – die offizielle Schlägertruppe des kapitalistischen Staates, in der viele Faschisten nisten – zu fordern. Am Morgen des 16. Oktober drangen in Halle 300 Bullen vom Sondereinsatzkommando Sachsen-Anhalt in das Flüchtlingswohnheim in der Grenoblestraße ein. In den Wohnheimgebäuden befinden sich 300 Flüchtlinge aus über 40 Ländern.

Die Polizei kam mit Hunden und brach ohne Warnung ein, als die Bewohner schliefen. Die Bewohner, die aus dem Bett wachgerüttelt wurden, waren nackt oder halb nackt. Ihnen wurde nicht erlaubt, sich anzuziehen oder auf Toilette zu gehen. Besonders Frauen wurden erniedrigenden Untersuchungen an Geschlechtsteilen und am Gesäß ausgesetzt.

Die Ausrede der Polizei lautete Drogen und Waffen. Niemand glaubte das. Die andere Ausrede lautete Anwesenheit von „nicht gemeldeten Personen“. Das bezieht sich auf die Flüchtlinge, die zu Besuch kommen und manchmal auf dem Boden schlafen. Sie sind kleineren Wohnheimen zugeweiht, die von Skinhead-Banden angegriffen werden, so daß sie manchmal in der Grenoblestraße Zuflucht suchen.

Am 17. Oktober, Samstag abend nach der Polizei-Razzia, rotteten sich 50 Skinheads zusammen, um das Wohnheim anzugreifen.

Die Flüchtlinge werden ständig von Skinheads und Faschisten schikaniert, häufig werden sie mit dem Messer bedroht und ausgeraubt, nachdem sie ihre geringe Unterstützung erhalten haben. Sie leben in ständiger Angst vor faschistischen Überfällen, Polizei-Razzien und davor, in ihre Heimat geschickt zu werden, was für viele den sicheren Tod oder Gefängnis bedeutet. Jeder eklige rassistische Angriff zeigt, wie nötig es ist, den Kampf für die Verteidigung der Immigranten auf die Straße und vor die Wohnheime zu bringen und dafür die mächtigen Gewerkschaften zusammen mit allen antirassistischen Kräften zu mobilisieren.

Die Spartakist-Arbeiterpartei hielt am 21. Oktober in Halle eine Veranstaltung zum Thema „Arbeiter in Ost und West: Verteidigt Immigranten und Asylrecht“ ab. Dabei

sprachen auch zwei der Razzia-Opfer.

„Ich will unseren Kollegen etwas erklären, warum so viele Westafrikaner in Europa Asyl beantragen. In meinem Land sind wir jetzt unter einer Militärdiktatur, wo es keine Demokratie gibt. Wenn man in Opposition zur Regierung ist, ist man ein Feind. Sie fangen dich und stellen dich vor Gericht und behalten dich im Gefängnis, solange die Regierung es will. Das ist der Grund, warum man das Land verläßt und versucht, nach Europa zu kommen, einfach um das eigene Leben zu retten. Wir hören, daß Deutschland ein sehr friedlicher Ort ist, wo eine Demokratie erwartet, und das ist der Grund, warum ich in Deutschland Asyl beantrage. Als ich hierher kam, landete ich in Frankfurt, dann wurde ich nach Halle geschickt. Ich kann sagen, die Stadt ist sehr schön, und die meisten, sagen wir 70 Prozent der Leute, sind sehr nett und freundlich. Doch gerade vor kurzem haben wir festgestellt, daß es Gruppen gibt, Nazis, die angefangen haben, unser Haus anzugreifen. Und gerade vor vier Tagen, am 16., kam die Polizei, um uns zu durchsuchen. Sie klopfen an die Tür, öffneten sie mit Gewalt, durchsuchten uns und Freunde, und sie nahmen unseren persönlichen Besitz weg. Wenn man einen Asylantrag stellt, hat man kein Recht, sich von einem Landkreis in einen anderen zu bewegen, so ist die Rechtslage. Ich appelliere deshalb an diese Organisation, ob sie helfen kann, damit unsere Freunde uns besuchen können und wir sie in anderen Landkreisen besuchen können.“

Der zweite Redner sagte: „Ich freue mich sehr darüber, daß diese Organisation uns eingeladen hat. Meine Erfahrung ist, wenn man in ein Land geht, wo man niemanden kennt, dann muß man die Polizei um Hilfe bitten. Deshalb war die Art und Weise, wie die Polizei in der letzten Woche bei uns zu Hause aufgetaucht ist, sehr schmerzhaft. Es ist gut, daß es Organisationen gibt, die uns verteidigen wollen, denn ich habe, das kann ich sagen, keinerlei Hoffnung, was die Polizei angeht. Als Ausländer haben wir keinerlei Recht, uns zu verteidigen oder zu handeln, deshalb bin ich euch dankbar, weil ich euch mit eurer Organisation gesehen habe, wenn ihr etwas tun könnt, wenn es etwas gibt, wo ihr uns verteidigen könnt.“■

Honecker...

Fortsetzung von Seite 3

sagen. Sie war eine bürokratische Maßnahme, um die sozialen Errungenschaften des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats zu verteidigen. Deshalb haßte die Bourgeoisie die Mauer, und deshalb verteidigten wir Trotzlisten sie.

Von Mexiko bis Moskau wird viel kommentiert, daß wir Trotzlisten international den Erzstalinisten Honecker verteidigen. Die revolutionäre Arbeiterklasse an der Macht würde ihre eigene Rechnung mit den Stalinisten zu begleichen haben für deren Verbrechen gegen die Arbeiterklasse, einschließlich des Ausverkaufs der DDR. Aber das geht die Bourgeoisie und ihre SPD-Handlanger nichts an. Mit dem Schauprozeß will die Bourgeoisie das Dritte Reich weißwaschen. Die Spartakisten erfüllen die Klassenaufgabe, die Opfer des Rachefeldzuges zu verteidigen.

Zu unseren Forderungen gehörte: Hände weg von Markus Wolf! Er ist wegen „Landesverrat“ angeklagt, weil er als DDR-Spionagechef erfolgreich gegen NATO/BRD-Imperialismus gekämpft hat. Die Grenztruppen werden ver-

folgt, weil sie ihren Arbeiterstaat an der Front verteidigt haben. Jetzt bahnt der BGH-Beschluß zur „Rechtswidrigkeit“ des DDR-Grenzgesetzes den Weg für Massenprozesse.

Die Spartakisten riefen auch „Freiheit für den antifaschistischen Helden Gerhard Bögelein“, der kürzlich in der SPD-Hochburg Hamburg zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, weil er zur Roten Armee übergelaufen war, gegen die Faschisten gekämpft hat und einen Nazi-Kriegsrichter getötet haben soll, der das Blut von über 100 sowjetischen Partisanen und Wehrmachtssoldaten an seinen Händen hatte.

Die Auslieferung Honeckers durch Boris Jelzin war ein Blutopfer von seiten derer, die die ehemalige UdSSR in Massenehend, antisemitische Pogrome und blutige nationalistische Bürgerkriege geführt haben, um selbst die Überreste der UdSSR für die Ausplünderung durch die Deutsche Bank zu öffnen. Doch der konterrevolutionäre Drang der Imperialisten nach Osten stößt heute von Italien bis Deutschland und Polen auf erbitterten Widerstand der Werktätigen und Jugend. Wie wir auf der Kundgebung sagten: Der Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt! Für den Aufbau einer trotzkistischen Partei!■

An alle unsere neuen Leser Willkommen an Bord!

Spartakist begrüßt herzlich unsere neuen Abonnenten! Willkommen zur besten und ehrlichsten internationalistischen und klassenkämpferischen Zeitung, die es in deutscher Sprache gibt. Die erste nationale Abokampagne der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) hat ihre Quote von 250 Punkten mit 103 Prozent übererfüllt und die Leserschaft der Zeitung um zwei Drittel vergrößert. Unsere Abokampagne hat die große Welle von Empörung gegen den rassistischen Terror in Deutschland und Europa genau getroffen und viele neue Leser mit der Losung „Die Arbeiterbewegung muß Immigranten verteidigen!“ gewonnen.

Die obszöne „Asyldebatte“ hat linke Strömungen in SPD und PDS gegen ihre Führung in Bewegung gebracht, und einige von euch sind jetzt auch *Spartakist*-Abonnenten. Sucht ihr nach einer Zeitung, die dafür kämpft, breitestmögliche Mobilisierungen gegen Nazi-Terror in Gang zu setzen, die sich auf die Macht der Arbeiter/Immigranten stützen, und den Nährboden der Faschisten durch eine sozialistische Revolution endgültig abzuschaffen, dann habt ihr genau das im *Spartakist* gefunden.

Wir haben in Berlin und Hamburg 21 Punkte an vietnamesische Kollegen verkauft. Wir sind für unsere internationalistische Intervention noch aus DDR-Zeiten bekannt, auch unter Arbeitern, die in Vietnam gegen Pol Pot gekämpft haben und deren Eltern dem amerikanischen Imperialismus eine entscheidende Niederlage bereitet haben. In Rostock kamen vietnamesische Kollegen, die den Pogromen in Lichtenhagen in letzter Minute lebend entkommen waren, mit uns zum Straßenverkauf des *Spartakist*.

In Hamburg und Halle haben Genossen mit besonderem Erfolg Abos bei politischen Veranstaltungen verkauft. Trotz der Semesterferien an den Unis haben Genossen aus allen drei Ortsgruppen über 30 Punkte an Schüler und Studenten verkauft, davon die meisten an Immigranten aus Polen, Vietnam und Afrika. Darüber hinaus gab es allgemein ein großes Interesse an unserer internationalen Presse, insbesondere an *Women and Revolution* sowie an der polnischen *Platforma Spartakusowców* und anderen Publikationen der IKL.

Ein Viertel aller Abos wurde bei antifaschistischen Demos und Arbeiterprotesten verkauft, und überall, vor dem Betriebstor, an der Uni und beim Tür-zu-Tür-Verkauf in den Wohnvierteln, wurde unser Titelseiten-Artikel „Zerschlagt Nazi-Pogrome in Rostock und überall“ (*Spartakist* Nr. 97) die treibende Kraft der Abokampagne. Im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen verkauften wir 17 Punkte, die meisten davon an Immigranten.

Das Rostocker Nazi-Pogrom war das direkte Ergebnis der Konterrevolution der Bourgeoisie von Auschwitz, die 1990 den deformierten Arbeiterstaat DDR verschlungen hat. Nur *Spartakist* hat ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft und vor deren Folgen, faschistischem Terror und Massenelend, besonders für Immigranten und Frauen, gewarnt. Andere „linke“ Parteien haben ihre schwarzrotgoldenen Farben gezeigt, als sie den D-Mark-Rausch in unterschiedlichen Raten weiterverkauft haben. Die SpAD hat von Anfang an die SPD-geführte antikomunistische Hexenjagd bekämpft. Besonders unter Immigranten wird *Spartakist* wegen dieses Kampfes geschätzt. In den traditionellen Berliner Immigrantenvierteln Neukölln und Kreuzberg wurden 12 Punkte verkauft.

In den letzten Monaten hat sich unsere Partei mehrmals in exemplarischen Aktionen dafür eingesetzt, vietnamesi-



Spartakist

26. August: Spartakisten auf Anti-Nazi-Demo in Berlin

sche und mosambikanische Kollegen durch Arbeitereinheitensfront gegen Nazi-Angriffe zu verteidigen. Als kollektiver Organisator hat der *Spartakist* die Aufgabe, die bewußtesten Arbeiter für das trotzkistische Programm zu gewinnen. Oft hörten wir von Jugendlichen: „Arbeiterklasse? Die gibt's nicht mehr.“ Doch ein Blick auf den ÖTV-Streik im Mai, der die Kohl-Regierung wie auch die DGB-Bonzen mächtig erschreckt hat, oder nach Italien, wo in jeder Stadt Hunderttausende gegen die Austeritätspläne der Regierung und gegen die Gewerkschaftsbürokraten aufgestanden sind, zeigt, daß dies eine rein kapitalistische Lüge ist. Genau wie die Lüge, daß der Zerfall des Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion den Tod des Kommunismus bedeute.

Wir kämpfen für die Wiedergeburt der Vierten Internationale, die um die proletarische Macht kämpft, um endgültig dieses brutale kapitalistische System zu beseitigen. Wie Lenin verstehen wir unsere Partei als Volkstribun und kämpfen dafür, alle Unterdrückten dieser Erde vom blutigen Imperialismus zu befreien. Auf den Seiten unserer Zeitung werdet ihr Artikel über die Tragödie von Aids und zur Verteidigung von Homosexuellen finden, gegen Frauenunterdrückung und für das Recht auf Abtreibung, Artikel für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan, über unseren Kampf gegen Jelzins Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR, gegen die Einführung des Marktes und die Konterrevolution in Vietnam und vieles mehr. Wir hoffen, daß ihr überzeugt seid, „*Spartakist* ist meine Zeitung“.

Jetzt ist eine sehr gute Zeit, Kommunist zu werden. Ihr seid herzlich eingeladen, uns besser kennenzulernen und mit uns zu arbeiten. Infos zu Schulungsreihen in Berlin, Halle und Hamburg und unsere Kontaktadressen findet ihr in dieser Ausgabe. Meldet euch, und willkommen an Bord!

An alle Genossen und Sympathisanten, die bei der Abokampagne mitgemacht haben, einen herzlichen Glückwunsch! Wir gratulieren insbesondere Genossin Renate D., die die Abokampagne mit 21 Punkten gewonnen hat. ■

Stoppt die Abschiebung der Roma! Rostock: Weg mit den Anklagen gegen französische Juden!

Nach dem Nazi-Pogrom in Rostock im August wurden am 19. Oktober jüdische Demonstranten von der Polizei angegriffen, 46 von ihnen festgenommen und drei davon eine Woche lang in Untersuchungshaft gehalten. Ihr „Verbrechen“: zusammen mit Vertretern des Roma National Congress die Opfer des Nazi-Holocausts geehrt zu haben – sechs Millionen Juden und eine halbe Million Roma und Sinti, die vom Dritten Reich vergast wurden. Damit wollten sie gegen die Pogrome des Vierten Reichs protestieren und gegen seine Vereinbarung mit der rumänischen Regierung, die die Abschiebung von 60 000 Roma ermöglicht.



dpa

Protestaktion französischer Juden gegen Deportation von Roma durch die Bourgeoisie von Auschwitz

Die Führung der etwa hundert Demonstranten, hauptsächlich Juden aus Frankreich, hatten die Nazi-Jäger Serge und Beate Klarsfeld. Letztere ist bekannt dafür, 1966 Nazi-Kanzler Kiesinger im Bundestag gehohlet zu haben. Nachdem die Demonstranten einen Skinhead-Provokateur entfernt und ein Banner aus einem Fenster des Rathauses gehängt hatten, griff die Polizei an – dieselbe Polizei, die rasenden Skinhead-Faschisten demonstrativ den Rücken gekehrt hat, als diese im August über hundert vietnamesische eingewanderte Arbeiter beinahe verbrannt haben.

Stadtbeamte entfernten die gerade zuvor angebrachte Gedenktafel, mit der unverschämten Lüge, es habe dort kein rassistisches Pogrom stattgefunden! Zwei Wochen später „begrüßte“ ein lokaler CDU-Politiker Ignatz Bubis, den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, mit einem Sperrfeuer von antisemitischem Dreck. Dies war keine „Entgleisung“, dies war die häßliche Fratze des Vierten Reichs, wo jüdische Friedhöfe und Mahnmale für die Opfer des Dritten Reichs regelmäßig geschändet werden.

In Wirklichkeit sind die Skinhead-Terroristen nur der inoffizielle Arm des Drangs der deutschen Bourgeoisie, die Geschichte zu „revidieren“ – das Dritte Reich zu rehabilitieren und die Erinnerungen an die Millionen Opfer des Nazi-Völkermords und den Sieg der Roten Armee über Hitler zu vernichten. Bei einem Protest vor der deutschen Botschaft in Paris trug Beate Klarsfeld ein Plakat, auf dem stand: „Kohl rehabilitiert die Waffen-SS, verfolgt Roma und Sinti, sperrt Antirassisten ein“. Dies bezog sich auf Bitburg

1985, wo die Polizei protestierende jüdische KZ-Überlebende wegschleppte, während Kohl und Reagan vor den Gräbern der Waffen-SS strammstanden.

Jetzt will der Rostocker Staatsanwalt, daß der französische Staat die Verfolgung der jüdischen Demonstranten weiterführt, in der Tradition des Vichy-Regimes. Die aktuelle Welle von antisemitischen Aktionen ist nicht auf Deutschland begrenzt – die obszöne Schändung von jüdischen Gräbern in Carpentras vor zwei Jahren hat die Welt schockiert. Die rassistische Volksfront in Frankreich deportiert en masse schwarze Afrikaner, genauso wie die deutsche Regierung Roma deportiert. An ihrer Spitze steht Mitterrand, ein Mann, der dem alten stalinistischen Schimpfwort „Sozialfaschist“ einen wirklichen Inhalt gibt. Er war ein Veteran der faschistischen „Ligue“ der 30er Jahre und ehemaliger Beamter der Pétain-Regierung, die mit Begeisterung die Juden seines Landes in die Nazi-Gaskammern schickte. Und der französische bürgerliche Staat hatte seine eigenen Konzentrationslager für Roma und Sinti.

Trotzdem demonstrierte Serge Klarsfeld in Rostock buchstäblich mit der Trikolore um die Schultern! Ein Banner der Demonstranten sagte: „Deutsche, erinnert euch an eure Vergangenheit“. Aber die Vergangenheit des französischen Imperialismus ist kaum sauberer. Obwohl die hauptsächlich zionistischen Demonstranten die gesamte deutsche Bevölkerung, die heutige wie die frühere, für die abscheulichen Verbrechen ihrer herrschenden Klasse anklagten, hat das Rostocker Pogrom in Wirklichkeit ganz Deutschland polarisiert. Rassistische Angriffe stoßen auf regelmäßige und oft mutige antifaschistische Aktionen. Trotz des Chauvinismus einiger Demonstranten solidarisierten sich einige Rostocker mit dieser Verteidigung von Roma und Sinti.

Unter den zionistischen Demonstranten in Rostock befanden sich Mitglieder der ultrareaktionären Betar, die die Shamir-Faschisten in Israel unterstützt. Wir Trotzkiisten, die bei der Rostocker Protestaktion dabei waren, verteidigten sie trotzdem gegen den selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs, als Teil unseres Kampfes, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu erkämpfen und den Nazi-Terror zu zertreten, als Teil des revolutionären Kampfes, das deutsche Kapital zu stürzen.

Die Logik des Zionismus heißt, den Kampf gegen Antisemitismus in der ganzen Welt aufzugeben, im Namen des Versuchs, eine illusorische Zuflucht in einem Super-Getto Israel zu finden. Deswegen sind Zionisten und die deutsche Bourgeoisie gegen das Recht von Juden aus der Ex-UdSSR, nach Deutschland zu immigrieren, wie in den 30er Jahren die Zionisten die Vertreibung der Juden aus den meisten Bereichen der deutschen Gesellschaft durch das Dritte Reich dazu benutzen wollten, die Juden nach Palästina zu kriegen. Die rassistische theokratische zionistische Festung, die auf Vertreibung, Massaker und letztlich Völkermord gegen die Palästinenser beruht, ist eine Sackgasse für Juden.

Nur kommunistischer Internationalismus kann Antisemitismus und Rassismus auslösen. Was die Oktoberrevolution angefangen hat – die Beseitigung von antisemitischer Verfolgung –, wird von einer siegreichen sozialistischen Weltrevolution endgültig durchgeführt, genauso wie sie die Menschheit von allen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung befreien wird. ■

Stilllegungspläne provozieren Regierungskrise Britischen Bergarbeitern droht Kahlschlag

- Für Arbeiteraktionskomitees: Stoppt die Zechenschließungen und regiert das Land!
- Schmeißt die Labour-Verräter raus!
Keine Koalition!

LONDON, 25. Oktober – Mehr als eine Viertelmillion Menschen, darunter Zehntausende Bergarbeiter und ihre Familien, gingen heute auf die Straße. Es war die zweite proletarische Massendemonstration in fünf Tagen. Am 13. Oktober hatte John Majors konservative Regierung angekündigt, daß 31 der noch verbliebenen 50 Kohlenbergwerke im Lande geschlossen werden sollten. Das würde die Entlassung von über 30 000 Bergarbeitern bedeuten und mindestens 100 000 weitere Arbeitsplätze bedrohen. Dies kommt einem Todesurteil für die ökonomisch schon verwüsteten Kohlenreviere gleich. Im Proteststurm, der darauf folgte, mußte der Tory-Führer versprechen, den Tod von 21 Zechen hinauszuzögern, aber über die Zechenschließungen könnte er stürzen.

Im Gegensatz zur Ablenkungstaktik der Massendemonstrationen, „für die Bergarbeiter“ Druck auszuüben, würden entschlossene Klassenkampfaktionen die konkrete Möglichkeit bieten für eine proletarische Lösung der Krise des altersschwachen britischen Kapitalismus. Die Bergarbeiter dürfen nicht allein stehen! Wenn andere Schlüsselfelder der Arbeiterbewegung mit ihnen in gemeinsame Streikaktion treten, könnten sie das Land zum Stillstand bringen und den Weg zu einem *revolutionären* Kampf um die Arbeitermacht eröffnen. Ein Flugblatt unserer Genossen der Spartacist League/Britain rief dazu auf: „Bergarbeiter, Eisenbahner, Transport- und Kraftwerker: Streikt jetzt! Für Arbeiteraktionskomitees: Stoppt die Zechenschließungen und regiert das Land!“

Der massive Angriff auf die Bergarbeiter gehört zum kapitalistischen Austeritätsprogramm im Zusammenhang mit dem Maastricht-Vertrag und sollte die Offensive zum Abschluß bringen, die Margaret Thatcher eröffnet hatte. Doch der Versuch, gegen die Arbeiterklasse „hart durchzugreifen“, ist gründlich nach hinten losgegangen. Die Wirtschaft liegt schon in Trümmern, Hunderttausende weitere Arbeitsplätze sollen zerstört werden, und die Arbeitslosigkeit unter Männern ist jetzt höher als jemals seit dem Krieg.

Begleitet von dem Zetern gegen Major und Maastricht, sind die Weichen gestellt für eine „Volksfront“, die vom rechten Flügel der Tory-Partei und den Bischöfen der englischen Staatskirche bis zur erbärmlich reformistischen Labour Party reicht, und mit dem Führer der Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, an der Spitze. Einige Monate vor dem Bergarbeiterstreik 1984/85 war Scargill angegriffen worden, weil er zu Recht die polnische gelbe „Gewerkschaft“ Solidarność als „antisozialistisch“ gebrandmarkt hatte. Torys und Labour/TUC-Bonzen waren hinter Scargill her, weil er sich ihren streikbrecherischen Diktaten nicht beugte.

Doch jetzt appelliert Scargill offen an seine neuen anti-kommunistischen Blockpartner und vergleicht die Opposition gegen die Major-Regierung mit dem konterrevolutionären Sturz der stalinistischen Regime in Osteuropa und der Sowjetunion: „Wenn die Macht der Menschen Regierungen stürzen kann und die Gesellschaft in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der ehemaligen Sowjetunion verändern kann, dann kann sie eine Regierung hier in Britannien zurückweisen, die jegliche Glaubwürdigkeit verloren hat.“



Der Spiegel

Protest in London. Spartakisten fordern: Arbeiter von Eisenbahn, Kohle, Transport und Kraftwerken: streikt jetzt!

Das Flugblatt der SL/B warnte: „Labour und ihre Anhänger strengen sich äußerst an, die Empörung der Bevölkerung über die Zechenschließungen auf dem Weg der parlamentarischen Schlichtung zu kanalisieren. Es könnte nicht klarer sein, daß die Labour-Verräter und ihre Irreführer in den Gewerkschaften die Haupthindernisse für den notwendigen Kampf sind, nicht nur gegen eine diskreditierte und erbärmliche Regierung, sondern auch gegen das *kapitalistische System*, das unerbittlich zu der Entindustrialisierung dieser Inseln und zum rachsüchtigen Angriff auf die kämpferischen Bergarbeiter geführt hat.“

Im Bergarbeiterstreik vor acht Jahren rief die SL/B auf zu gemeinsamer Streikaktion durch eine „Dreierallianz“ der Bergarbeiter, der Hafendarbeiter und der Eisenbahn- und anderen Transportarbeiter, um einen Generalstreik auszulösen. Das hätte das Land dichtgemacht und die Möglichkeit eines revolutionären Kampfes eröffnet mit der Frage: Welche Klasse soll herrschen? Breite Teile der Bevölkerung, besonders in den unterdrückten irischen, asiatischen und schwarzen Stadtteilen, unterstützten die Bergarbeiter in der Hoffnung, die brutale Thatcher-Regierung zu stürzen.

Damals appellierten die diversen pseudorevolutionären Gruppen als gute Labour-Party-Satelliten an die Spitzen des Gewerkschaftsdachverbandes TUC, „einen Generalstreik auszurufen“, mit dem Ziel, eine Labour-Regierung ins Amt zu heben – sogar als die TUC-Bürokraten dem Streik in den Rücken fielen. Heute wiederholen sie dieses verräterische Rezept – von Tony Cliffs Socialist Workers Party (hier: SAG) über Workers Power (Arbeitermacht) bis zur kleinen zentristischen Revolutionary Internationalist League. Diese neue Volksfront will den britischen Kapitalismus retten. Aber weder eine „renovierte“ Tory-Regierung noch eine weitere Labour-Regierung des Arbeiterverrats kann dieses bankrotte System retten. Wenn die britischen Bergarbeiter ihre Existenz und ihre Gemeinden retten wollen, müssen sie ihre klassenkämpferische Erfahrung in den Dienst eines revolutionären Programms stellen. Eine bolschewistische Partei muß im Laufe des scharfen Klassenkampfes geschmiedet werden, die die proletarische Basis von den prokapitalistischen Spitzen der Labour Party abspaltet.

Nach Workers Vanguard Nr. 562, 30. Oktober

Arbeiter revoltieren gegen kapitalistische Austerität

Roter heißer Herbst in Italien



Wütende Arbeiter in Turin schlagen sich mit der Polizei beim Massenaufbruch gegen die neuen kapitalistischen Austeritätsmaßnahmen

La Repubblica

Die Welle von massenhaften Arbeiterprotesten gegen das brutale Austeritätspaket, die durch Italien rollt, traf am 2. Oktober Rom. Beinahe 200 000 streikende Arbeiter des öffentlichen Dienstes legten die Hauptstadt lahm, als sie auf die riesige Piazza San Giovanni marschierten. Sie waren wütend über das Ausverkaufsabkommen vom 31. Juli zwischen der Regierung, der Wirtschaft und den Gewerkschaftsspitzen, das die Scala mobile, die gleitende Lohnskala, abschaffte.

Wie bei den riesigen Arbeiterkundgebungen in anderen Städten schleuderten kämpferische Arbeiter und Jugendliche Kugellager und Pflastersteine auf die Ausverkaufsführer der Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL. Die Bürokraten wiederum umgaben sich mit einer riesigen, 10 000 Mann starken, behelmten Ordnertruppe, die aus den Provinzen herangeschafft worden war, und es gab eine riesige Polizeipräsenz. Als die Menge gegen die Rednerbühne drückte, wo die Gewerkschaftsbürokraten sprachen, bevollmächtigt

diese die Polizei zu einem brutalen Sperrfeuer von Tränengas und einem Angriff gegen die Menge. Ein beschämter Gewerkschaftsordner bemerkte: „Die Gewerkschaften waren einmal dazu da, die Arbeiter zu verteidigen, jetzt sind sie hier, um sich gegen die Arbeiter zu verteidigen.“

Bertinotti, Führer von „Essere Sindacato“ (Eine Gewerkschaft sein), eine Gruppierung, die Rifondazione Comunista (RC) nahesteht, wurde von Panik erfaßt und brüllte: „Hört mit dieser Gewalt irgendwie auf!“ RC äußert sich zwar gegen die Verräterei der CGIL-Spitzen, die das Abkommen vom 31. Juli unterzeichnet haben, doch wenn es hart auf hart kommt, stehen sie auf der Seite der Bürokraten und nicht der empörten Mitglieder.

Unterstützer der Lega Trotskista, der italienischen sympathisierenden Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, verkauften etwa 120 Exemplare ihrer Zeitung, darunter das Extrablatt zum gegenwärtigen Arbeiteraufbruch, das wir hier abdrucken.

MAILAND, 28. September – Von Mailand im Norden bis Palermo in Sizilien strömen jeden Tag Hunderttausende von Arbeitern, Rentnern und Studenten auf die Straße im Rahmen der größten und militantesten Streikwelle, die Italien seit dem „heißen Herbst“ 1969 erschüttert hat. Bei einer Reihe von regionalen Generalstreiks sind in Florenz am 22. September 100 000 Menschen auf der zentralen Piazza zusammengeströmt, 150 000 in Mailand am 23., weitere Zehntausende in Neapel und Turin am 24. und 25., und mehr als 200 000 Rentner gingen in Rom am 26. auf die Straße. Zum ersten Mal seit 1980 schlossen sich 90 Prozent der Arbeiter bei Fiat einem Streik an. Und dies alles waren keine bürokratisch inszenierten Ereignisse, sondern eine explosive Revolte der Arbeiterklasse, die sich nicht nur gegen die Bosse richtet, sondern auch gegen ihre eigenen Ausverkaufsführer.

In Zeitungüberschriften und Gesprächen taucht immer wieder „la rabbia“ auf – die Wut, die sich gegen die brutalen Kürzungen richtet, die Ministerpräsident Giuliano Ama-

to verhängt hat, der der Arbeiterklasse ein Opfer von „Blut und Tränen“ aufzwingen will. Ermutigt durch den Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa und der Sowjetunion und durch das Auseinanderbrechen der einstmals hegemonialen Kommunistischen Partei Italiens (PCI) dachte die Amato-Regierung, daß sie dem kämpferischen italienischen Proletariat endgültig das Rückgrat brechen kann. Statt dessen haben sie ein Feuer angezündet. Und wie die Brände des Volksaufstands in Los Angeles oder die Gewerkschaftsmacht, die sich bei dem jüngsten ÖTV-Streik in Deutschland gezeigt hat, beweisen die roten Fahnen, die über den Plätzen ganz Italiens wehen, daß der kapitalistische Triumphalismus über den „Tod des Kommunismus“ den Klassenkampf nicht beendet hat.

In der Tat haben die italienische Bourgeoisie und ihre Helfershelfer in der Arbeiterbewegung offensichtlich die Kontrolle über die Situation verloren. In Florenz wurde am 22. September Bruno Trentin, der Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbandes CGIL von Arbeitern, die

„Ausverkauf“ und „Verräter“ schrien, mit einem Hagel von Eiern, Tomaten, roter Farbe und Schrauben eingedeckt. Die Szene wiederholte sich auf dem Mailänder Domplatz am nächsten Tag, als Arbeiter wertlose, abgewertete Münzen auf Gewerkschaftsredner warfen. Genauso war es auch in Piacenza und Ferrara, während außerdem in Bologna mit Kartoffeln und in Genua mit Steinen geworfen wurde. Die Gewerkschaftsmitglieder waren hellauf empört über die Zustimmung der Gewerkschaftsführer, die Scala mobile abzuschaffen (die automatische Angleichung der Löhne an die Inflation – eine hart erkämpfte Errungenschaft der Klassenschlachten von 1969), im Austausch für das verlogene Versprechen, daß die Lira nicht noch stärker abgewertet wird. Als zusätzliche Beleidigung unterschrieb Trentin den Kuhhandel ausgerechnet am 31. Juli, gerade als die Arbeiter in den Augusturlaub gingen.

Aber am 13. September wertete Amato dennoch die Lira um 7 Prozent gegenüber der D-Mark ab, und drei Tage später fiel sie noch einmal drastisch in der europaweiten Währungskrise. Italien steht am Rande des finanziellen Zusammenbruchs (mehrere europäische Banken weigern sich immer noch, Lira-Geschäfte abzuwickeln). Inzwischen hat die Amato-Regierung nach dem Diktat der Bundesbank in Frankfurt und um Italiens astronomisches Haushaltsdefizit bis zur Erfüllung der Eckwerte des Maastrichter Vertrages zu reduzieren, ein 120-Milliarden-DM-Paket von drastischen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen verabschiedet. Darin enthalten ist ein Lohn- und Einstellungsstopp im öffentlichen Sektor, die Abschaffung von Leistungen des Gesundheitswesens, wie kostenlose medizinische Versorgung, und gnadenlose Rentenkürzungen. Rentner, deren lebenslanges Schufften den Agnellis und Pirellis Millionen-gewinne verschafft hat, müssen nun zusehen, wie die galoppierende Inflation ihre Ersparnisse und Renten auffrißt.

Amato zu Hilfe kam der Verrat der Gewerkschaftsführer, die jetzt zu Recht von den Arbeitern verachtet werden. Die Bourgeoisie hat auf der anderen Seite ihren Speichel-leckern von der Gewerkschaftsführung ihre volle Solidarität bekundet. Nachdem Trentin aus der Streikversammlung in Florenz herausgebuht worden war, haben Italiens führende Industrielle und Politiker – vom Fiat-Boß Agnelli bis zum „sozialistischen“ Ministerpräsidenten Amato – eine Kampagne angefacht, Rifondazione Comunista (RC), die „linke“ Abspaltung der untergegangenen PCI, als Gewalttäter zu verleumden. Bei den jüngsten Demonstrationen haben sich militante Arbeiter um die roten Banner von RC geschart. Aber Amando Cossutta, ein Führer von Rifondazione, verdammt die „Gewalt“ und appellierte an die Regierung, zur Vernunft zu kommen:

„Die Parteien der Mehrheit müssen erkennen, wie die Lage ist. Niemand hat die Fabriken unter Kontrolle. Und wenn wir jetzt in der Lage sind, unseren Teil zu leisten, dann ist es jetzt die Zeit für sie, das ihrige zu beginnen. Andernfalls wird innerhalb einer Woche niemand mehr in der Lage sein zu sagen, wie es ausgehen wird.“ (*La Repubblica*, 25. September)

Italien auf des Messers Schneide

Wie wir im letzten Sommer angesichts der Welle von Mafia-Bombenanschlägen festgestellt hatten, wird Italien von einer weitreichenden wirtschaftlichen und politischen Krise beherrscht (siehe „Italian Capitalists Demand ‚Strong State‘“ [Italienische Kapitalisten verlangen „starken Staat“], *Workers Vanguard* Nr. 554, 26. Juni). Die Bourgeoisie hat den Reichtum des Landes buchstäblich gestohlen – allein die Politiker bringen schätzungsweise zwischen 10 und 15 Milliarden DM pro Jahr beiseite. Die Autobahnen raus aus Mailand, der Bankenhauptstadt des Landes, sind Freitag nachmittags immer vollgestopft, wenn die Bourgeoisie ihre

Tangenti (Bestechungs- und Schutzgelder) über die Grenze auf Schweizer Bankkonten bringt. Korruptionsprozesse mit großem Medienrummel haben die Zellen des Gefängnisses von San Vittore mit Mitgliedern von Mailands mächtigsten Familien gefüllt. Führer von praktisch jeder im Parlament vertretenen Partei, einschließlich der Ex-PCI, stehen unter Anklage. Derweil hat das Land ein jährliches Haushaltsdefizit von beinahe 200 Milliarden DM – rund 11 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts.

Die augenblicklichen dramatischen Ereignisse in Italien sind nicht national isoliert. Bei weitem nicht. Sie sind das direkte Ergebnis der finanziellen Krise, die den Kontinent erschüttert, und des Konfliktes über den Vertrag von Maastricht, was direkt auf die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands zurückgeht. Und das Streben der italienischen Bourgeoisie nach einem „starken Staat“ hat Auftrieb bekommen durch den stalinistischen Zusammenbruch seit 1989. Heute ist Italien das schwächste Glied in der Kette des Imperialismus in Westeuropa. Und der Ausgang der Arbeiterkämpfe auf der Halbinsel wird Auswirkungen von Paris bis Moskau haben.

Doch angesichts von Amatos Kürzungen akzeptiert die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), das größte Überbleibsel der PCI, kriecherisch die „Opfer“ im Namen der „europäischen Einheit“. Aber das Gerede von kapitalistischer „Einheit“ Europas ist ein Betrug der Bankiers und bürgerlichen Politiker, der die Verelendung der Werktätigen bedeutet. Diese „Einheit“ heißt eine Offensive gegen eingewanderte Arbeiter, die von der kapitalistischen Regierung und von rassistischen Mobs vorangetrieben wird. Und sie ist ein Versuch, einen Handelskrieg gegen die amerikanischen und japanischen imperialistischen Rivalen vorzubereiten. Bei den jüngsten Volksabstimmungen über Maastricht in Irland und Frankreich haben die Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga eine internationalistische Opposition zu einem Europa der Bosse vorgebracht und gleichzeitig den Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa verfochten, das aus scharfen Klassenkämpfen, so wie sie die italienischen Arbeiter jetzt führen, erwachsen wird.

Mittlerweile werden in den Vorstandsetagen von Mailand und Turin die Rufe nach einer „Notstandsregierung“, um „Italien zu retten“, lauter. Fiat-Chef Giovanni Agnelli forderte bei einer Sitzung der Europäischen Währungsunion eine „starke Regierung, die unpopuläre Maßnahmen ergreift ... Ausgabenkürzungen, vor allem bei Renten und im Gesundheitswesen“ (*La Repubblica*, 27. Mai). Nach einer

Fortgesetzt auf Seite 10

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAd!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
- Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
beide enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)
- Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 99

Bestellt bei:
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

Heißer Herbst in Italien...

Fortsetzung von Seite 9

Regierungskrise, die sich drei Monate hinzog, einigten sie sich schließlich auf das Amato-Kabinett, das trotz seiner schmalen parlamentarischen Basis daran gegangen ist, die Maßnahmen zu verhängen, die Agnelli & Co. gefordert haben. Jetzt, wo die Rufe nach einem Generalstreik auf jeder Piazza und in jeder Fabrik in Italien zu hören sind, kommen die Gewerkschaftsbürokraten von CGIL, CISL und UIL der Bourgeoisie zu Hilfe mit ihrer Politik der „abwechselnden Generalstreiks“, Region nach Region, um eine Machtprobe mit der Amato-Regierung zu vermeiden.

Während die Gewerkschaftsführer ihr Bestes tun, um die Streiks zu sabotieren, drückt sich die Opposition von Teilen der Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften und in den Fabriken so aus, daß sie die Gewerkschaften verlassen, um der bürokratischen Zwangsjacke zu entfliehen. Diese Unzufriedenheit ist teilweise in die unterschiedlichsten „comitate di base“ (Basis-Komitees) kanalisiert worden, die zuerst unter Arbeitern des öffentlichen Dienstes entstanden sind und sich auf die Fabriken ausgebreitet haben, in erster Linie im Alfa-Romeo-Werk von Arese, geführt von militanten Gewerkschaftern, die aus Democrazia Proletaria kommen. Wenn auch die „Cobas“ viele der kämpferischsten Teile aufgenommen haben, so haben sie doch durch das Verlassen der Gewerkschaften den Großteil der Arbeiterklasse in den Händen der prokapitalistischen Bürokratie gelassen. Während der Streikversammlung in Mailand am 24. September sind die Cobas von Alfa, nachdem UIL-Führer Veronese fluchtartig die Rednertribüne verlassen hatte, mit nur rund 2000 Arbeitern vom Platz wegmarschiert und haben die Masse zurückgelassen, die daraufhin eher links tönenden Gewerkschaftsbetrügnern weiter zuhörten.

Jetzt, wo die Bourgeoisie versucht, die Arbeiterklasse 30 Jahre zurückzuwerfen, ist ein machtvoller Generalstreik notwendig, um die Amato-Regierung und ihre Austeritätspläne zu Fall zu bringen und um wichtige Errungenschaften wie eine tatsächliche Scala mobile wiederherzustellen. Solch ein politischer Massenstreik würde, auch wenn er als defensive Aktion beginnt, unvermeidlich und sehr schnell die Frage aufwerfen: Welche Klasse soll herrschen? Um den Bürokraten entgegenzutreten und um einen Rahmen für die Mobilisierung und Organisation einer massenhaften Beteiligung sicherzustellen, wäre es notwendig, auf jeder Ebene gewählte Streikkomitees zu bilden. Bei einer scharfen Auseinandersetzung könnten sie sich zu Fabrikräten entwickeln, wie 1920, und zu Sowjets. Solche Organe der Doppelherr-

schaft müßten Arbeiterverteidigungsgruppen organisieren, in erster Linie, um die Fabriken zu verteidigen und um die Faschisten zu zerschlagen. Dabei könnten sie auch kurzen Prozeß mit den Nazi-Skinheads machen, die schon seit längerem die afrikanischen Immigranten terrorisieren.

Aber der Schlüssel zum Sieg ist eine revolutionäre Führung. Allzu oft – 1920–22, 1943–45, 1948, 1969 – haben sich die Arbeiter erhoben, Fabrikräte gebildet, Milizen usw., nur um mit ansehen zu müssen, wie mit roten Fahnen wedelnde Reformisten den Kampf ins Leere laufen ließen oder ihn abwürgten, um damit die Bourgeoisie zu retten. Nötig ist eine bolschewistische Partei.

Volksfront gegen Arbeiterrevolte

Mittlerweile versuchen die Herrscher Italiens verzweifelt, einen Ausweg aus ihrer eigenen Führungskrise zu finden, in die sie die Arbeiterproteste geworfen haben. Der „sozialistische“ Ministerpräsident Amato (PSI) droht damit, zurückzutreten, wenn seine Kürzungen bei den Sozialleistungen „vom Wege abgebracht werden“. Die italienische Bourgeoisie hat aus sich heraus nicht den Zusammenhalt, um mit dem enormen Druck fertig zu werden, der von der tiefen wirtschaftlichen Krise, einem aufgeblasenen Staatsapparat und einer kampfkraftigen Arbeiterklasse erzeugt wird.

Deshalb richten „weitsichtige“ Kapitalisten jetzt ihr Augenmerk auf die PDS, damit diese für sie die Kastanien aus dem Feuer holt. Und tatsächlich möchten diese Ex-„Kommunisten“, die sich jetzt offen als Sozialdemokraten bekennen, am liebsten mit den Blutsaugern der Republikanischen Partei (PRL) und anderen Flügeln der Bourgeoisie eine Regierungskoalition eingehen. Als ersten Schritt brachte bei den Wahlen in Mantua eine gemeinsame Listenkandidatur von PDS-PSI-PSDI alle drei Parteien der Zweiten Internationale zusammen. Und in einer Rede vor einer Menge von 100 000 in Reggio Emilia erklärte PDS-Führer Achille Occhetto: „Wir sind bereit zu regieren“, und forderte „eine Regierung, die die Dinge herumreißt“. Occhetto hielt seine Kritik an Amato in Grenzen und forderte wiederholt „Opfer“. Austerität? „Heute geben, um morgen zu empfangen“, war seine Antwort. PDS in die Regierung? Der christdemokratische Präsident De Mita öffnete die Tür: „Sie haben sich entschlossen, eine Regierungspartei zu sein, durch die Entscheidung der Änderung“ ihres Namens (*La Repubblica*, 20./21. September).

Wir Trotzkieisten warnen: Wenn die Regierungskoalition in der augenblicklichen Krise ausgeweitet wird, indem Vertreter der PDS aufgenommen werden, dann wird eine solche „Volksfront“ ein Instrument des Kapitals gegen die Arbeiterklasse sein. Occhetto würde mithelfen, Amatos drastische Kürzungen durchzudrücken, und die Abschaffung der Scala mobile würde von der Staatsmacht im Namen der Stärkung der „Demokratie“ durchgesetzt werden. Vielleicht wird die PDS den Posten des „Justiz“ministers verlangen, so wie Togliatti 1946, damit sie die RC wegen „Terrorismus“ vor Gericht bringen können mit dem Vorwurf, sie sei verwickelt in das Werfen von Münzen auf Trentin. Aber die Explosion der Wut der Arbeiter gegen die Gewerkschaftsführer in ganz Norditalien macht klar, daß es zur Beruhigung des Sturmes nicht ausreichen wird, ein paar Reformisten auf Kabinettsposten zu hieven. Eine eiserne Faust wird nötig sein, um die Opposition gegen die kapitalistische Austerität zu brechen, und sie werden wohl auf die Samthandschuhe verzichten.

Verschiedene Pseudotrotzkisten haben als Standardforderung den Ruf nach einer PC-PS-Regierung (Kommunisten und Sozialisten), um dann einen Weg zu finden, den Reformisten trotzdem Unterstützung zu geben, wenn sie sich im Austausch für Ministersessel Teilen der Bourgeoisie anschließen. Aber es sind die Arbeiter, die dafür den Preis

Abonniert!

Zeitung der
Lega trotskista
d'Italia

6 Ausgaben
10,- DM

Bestellt bei:
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Konto 119 88-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60





Corriere della Sera

„Cobas“ (Basis-Komitees) rufen zu Kampfdemonstrationen auf, überlassen aber der prokapitalistischen Bürokratie den Großteil der Arbeiter. Die Arbeiter brauchen eine revolutionäre Führung

bezahlen. Die Wahl der Volksfront von Mitterrand in Frankreich war begleitet von einer Welle der Euphorie, Menschenmassen auf den Straßen sangen „la vie en rose“, sie brachte aber statt dessen Massenarbeitslosigkeit, rassistische Angriffe auf „Immigranten“, den Aufstieg von Le Pens Faschisten und rabiaten Antisowjetismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwaffnete Togliattis PCI in Italien die Partisanen, verriet die Hoffnungen der Arbeiterklasse auf eine sozialistische Zukunft und ermöglichte damit den Wiederaufbau des Kapitalismus (siehe „Resistance and Betrayal: Italy 1943–45“ [Widerstand und Verrat: Italien 1943–45], *Workers Vanguard* Nr. 525, 26. April 1991). Selbst außerhalb der Regierung bedeutete Berlinguers „historischer Kompromiß“ mit der DC in den 70er Jahren, militante Arbeiter in den Fabriken als „Brigadisti“ (Anhänger der Roten Brigaden) zu denunzieren.

Und was Rifondazione Comunista anbelangt, diese langjährigen PCI-Reformisten, die sich nicht nur auf den Verrat von Togliatti, sondern auch den von Berlinguer stützen, streben auch eine Volksfrontregierung an. Sie versuchen, mit den kaum verhüllten Christdemokraten des Netzes gegen Mafia und Korruption, „Rete“, mit den Grünen und „den fortgeschrittenen Kräften der katholischen Bewegung“ (Stellungnahme der nationalen Führung von RC, 19. September) eine Mini-Volksfront der Opposition aufzubauen. Und bei der jährlichen Festa von RC bekam der Parlamentsführer der PDS D’Alema Beifall, als er eine Allianz von RC und PDS forderte und für einen Generalstreik eintrat für eine „reale Regierung, um die Situation herumzureißen“. Aber wie der französische KP-Führer Maurice Thorez gesagt hat, als er 1936 den Generalstreik auf dem Altar der Volksfront ausverkaufte: „Man muß wissen, wie man einen Streik beendet.“ Und wenn Occhetto, wie der Führer der französischen Sozialisten Léon Blum, vorhat, in der Regierung zu sein, dann wird die RC, wie Thorez, sie von außen unterstützen.

Was Trotzki in den 30er Jahren beschrieben hat, ist heute noch genauso wahr: „Die ‚Volksfronten‘ auf der einen Seite – der Faschismus auf der anderen: dies sind die letzten politischen Hilfsmittel im Kampf gegen die proletarische Revolution.“

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!

In Rifondazione Comunista wiederum findet man alle möglichen Pseudotrotzkisten, erwähnt sei hier besonders die Associazione Quarta Internazionale (früher Livio Maitans LCR). Und vergraben innerhalb der AQI kann man sogar vorgebliche Linke wie Franco Grisolia und seine Fraktion

für die Trotzkiistische Internationale finden, die sich heute linker geben als früher. So zieht Grisolias FTI in Erwägung, „einen Block mit den ‚konservativen‘ Bürokraten“ einzugehen gegen die offenen kapitalistischen Restaurationisten um Jelzin während der Zeit des Moskauer Putsches im August 1991, aber das ist rein theoretisch. Als sich diese Frage vor einem Jahrzehnt in Polen in aller Schärfe gestellt hatte, weigerte sich Grisolias LOR, einen militärischen Block mit der „thermidorianischen Sektion der Bürokratie“, die von Jaruzelski repräsentiert wurde, einzugehen, sondern unterstützte statt dessen die prokapitalistische klerikal-nationalistische Solidarność von Walesa. Im Februar 1982 gingen die LOR und LCR in Mailand sogar gemeinsam mit den Christdemokraten auf die Straße, um gegen Jaruzelskis Gegenputsch zu protestieren. Statt eines Blocks mit „konservativen Bürokraten“ zogen sie die schwarze Madonna von Czestochowa und ihre von CIA und Vatikan unterstützten Bewunderer vor.

Von der Forderung, 1981 in Polen die Konterrevolution von Solidarność zu besiegen, über den Kampf ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 bis zur Aufforderung an die sowjetischen Arbeiter, 1991 Jelzins konterrevolutionären Abschaum wegzuräumen, ist es die Internationale Kommunistische Liga, die als einzige das revolutionäre trotzkistische Programm der Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution trotz des stalinistischen Verrats aufrechterhält. Und heute betonen wir, daß die italienischen Arbeiter keinen Schatten der PCI von Togliatti und Berlinguer brauchen, sondern eine neue bolschewistische Partei wie die von Lenin und Trotzki.

Die Bilder von Zehntausenden militanten Arbeitern, die auf den Piazzas von Florenz und Mailand zusammenströmten und sich spontan gegen die reformistischen Führer gerichtet haben, aber nicht wissen, in welche Richtung sie gehen sollen, tun einem in der Seele weh. Die Situation in Italien schreit nach revolutionärer Führung. Im *Übergangsprogramm* schreibt Trotzki, „daß die Krise der proletarischen Führung, die zu einer Krise der menschlichen Kultur geworden ist, nur durch die Vierte Internationale gelöst werden kann.“ Die IKL und ihre italienische Sektion, die Lega Trotskista, versuchen, eine kommunistische Partei aufzubauen, basierend auf den Lehren der historischen Erfahrung der Arbeiterbewegung, der frühen Kommunistischen Internationale, der Internationalen Linken Opposition und Trotzki’s Vierter Internationale, die wiedergeschmiedet werden muß als Weltpartei der sozialistischen Revolution.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 560, 2. Oktober

IKL-Flugblatt in der Ex-UdSSR

Stalinistische Ehemalige: Linker Flügel der nationalistischen Konterrevolution

Im folgenden drucken wir ein Flugblatt ab, das von der Internationalen Kommunistischen Liga auf Russisch zur Verbreitung in der ehemaligen UdSSR produziert wurde.

Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki! Warum haben die Arbeiter sich nicht erhoben?

Es ist nun mehr als ein Jahr her, seit die Kräfte der Konterrevolution, unter der Führung von Boris Jelzin und unter der Anleitung von Washington, die Oberhand gewonnen haben und einen Gewaltmarsch in die Restauration des Kapitalismus gestartet haben. Hunger und Obdachlosigkeit greifen im Land um sich. Rentner stehen am Straßenrand und verkaufen ihre Habseligkeiten, um zu überleben. Tausenden von Fabriken droht die Stilllegung. Bruderländische Kriege toben. Die konterrevolutionäre Kampagne hätte im Keim erstickt werden können, wenn die Arbeiter geschlossen mobilgemacht hätten gegen die Jelzin-Anhänger, gegen die verheerenden Preiserhöhungen im Januar oder gegen die seit Monaten drohende Massenarbeitslosigkeit. Aber dies ist nicht geschehen. Warum? Im Grunde ist dies eine Frage der proletarischen Führung.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) sagte im August 1991, daß eine Mobilisierung von Moskauer Arbeitern den konterrevolutionären Abschau auf den Barrikaden vor Jelzins Weißem Haus hätte wegfeigen müssen. Wir gaben einen dringenden Aufruf heraus: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!“ Gleichzeitig versuchte der vermurkste Putsch des GKChP [„Notstandskomitee“], „Perestroika ohne Glasnost“ durchzusetzen durch scharfe Unterdrückungsmaßnahmen, um auf Gorbatschows Weg zum Kapitalismus weiterzumachen. Wir stellten ein Programm zur Mobilisierung der Arbeiterklasse im Kampf gegen die restorationistische Kampagne auf: für unabhängige Arbeiterkomitees in allen Unternehmen, die die Kontrolle über die Produktion ergreifen und dadurch Entlassungen und Privatisierungen verhindern; gegen das Hexenjäger-Verbot der KPdSU; für multinationale Arbeiterverteidigungsgruppen, die Brudermord zwischen den Bevölkerungsgruppen und nationalistische Pogrome verhindern.

Nach der Verhängung von Jelzins „Schockbehandlung“ erhoben wir in unserem Flugblatt „Bildet Arbeiter- und Soldatensowjets, um die kapitalistische Restauration zu stoppen!“ die Forderung nach Arbeiterkomitees, die mit der Unterstützung von Arbeiterverteidigungsgruppen die Kontrolle über die Lebensmittelverteilung übernehmen. „Es kann keine Rückkehr zum alten Mist des Stalinismus geben“, betonten wir. „Aus den gestrigen Stalinisten gingen die heutigen Jelzinisten hervor.“

Die ganze Zeit über hat die IKL für eine proletarische politische Revolution gekämpft, die den multinationalen sowjetischen Staat auf der Basis seiner leninistischen



AP
Überreste der stalinistischen Bürokratie nennen sich Patrioten und bilden einen Block mit antisemitischen, russischen Faschisten wie Pamjat

Grundlagen wiederherstellt, die Regierungen der kapitalistischen Restauration von Jelzin, Krawtschuk & Co. rauswirft und durch die Herrschaft von demokratisch gewählten Arbeiter- und Soldatendeputierten ersetzt, und für eine leninistisch-trotzkistische Partei, die den Arbeiterkampf zum Sieg führt. Dadurch führen wir den Kampf der Linken Opposition von Leo Trotzki weiter, für den unzählige Bolschewiki-Internationalisten durch Stalins Mörder den Tod fanden. Das Programm der Linken Opposition war das Programm des bolschewistischen Sieges im Oktober 1917. Der Stalinismus, der auf diesem Programm herumtrampelte, erhielt im August 1991 seinen Todesstoß, aber der Kommunismus von Lenin und Trotzki lebt im internationalen Klassenkampf weiter.

Mit dem Ableben der KPdSU gibt es jetzt mehr Organisationen, als man zählen kann, die sich „kommunistisch“ oder „sozialistisch“ nennen: die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRP) von Viktor Anpilow und General Albert Makaschow, die Kommunistische Allunions-Partei (VKPB) von Nina Andrejewa, die Russische Partei der Kommunisten (RPK) von Anatoli Kryutschkow, die Union der Kommunisten (SK) von Alexej Prigarin, die Sozialistische Partei der Arbeit (SPT) von Roy Medwedew und A. Denisow sowie die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) und auch Boris Kagarlizkis Arbeitspartei (PT). Sie behaupten, bedeutende Kräfte innerhalb der Arbeiterklasse zu vertreten. Doch sie haben noch nicht einmal ansatzweise

den Widerstand der Arbeiterklasse gegen das Wüten der kapitalistischen Restauration organisiert.

Von den „Hardlinern“ unter den stalinistischen Überresten wie Anpilow und Andrejewa bis zu Pro-Gorbatschow-Sozialdemokraten wie Medwedew sind diese Organisationen ein Hindernis für den Kampf der multinationalen sowjetischen Arbeiterklasse gewesen. Der Grund: Diese Organisationen setzen die stalinistische Politik des Nationalismus und des Blocks mit bürgerlichen Kräften fort, die der Konterrevolution den Weg geebnet hat. Die Arbeiter haben nicht nur hier, sondern überall auf der ganzen Welt teuer dafür bezahlt.

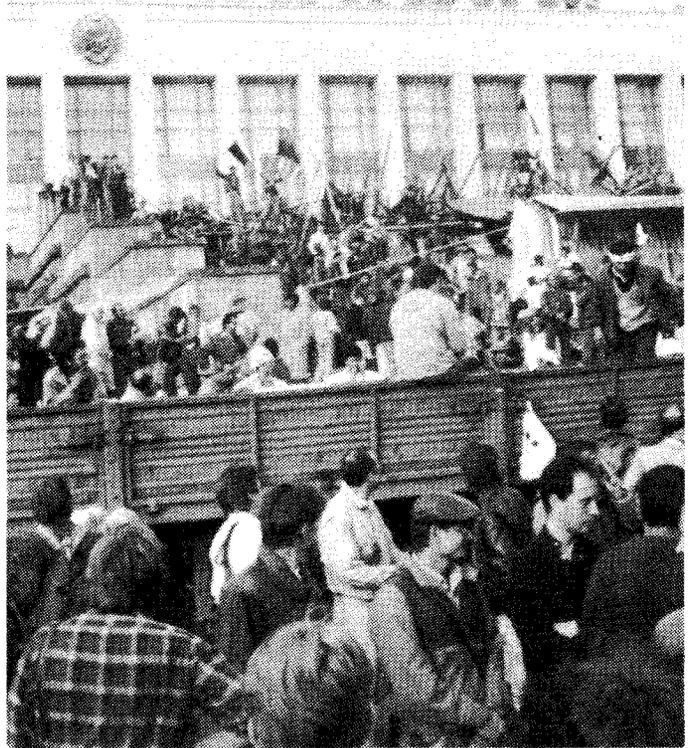
Beinahe sieben Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Herrschaft haben das sowjetische Proletariat politisch gelähmt und atomisiert. Heute helfen die zahlreichen Zerfallsprodukte, die aus dem Zusammenbruch des bankrotten stalinistischen Apparats entstanden sind, bei der Konsolidierung der Konterrevolution, indem sie innerhalb des multinationalen Proletariats Passivität verbreiten und kriminellerweise den Chauvinismus schüren. Allesamt haben sie einen Block gebildet mit reaktionären nationalistischen und anderen prokapitalistischen Elementen, die nicht weniger auf eine Konterrevolution aus sind als Jelzin.

„Rot-braune“ Koalition: Verrat an der Arbeiterklasse!

An den Demonstrationen von Anpilows RKRП nehmen ständig die faschistische Pamjat und eine Horde von Unterstützern des rabiat antisemitischen Schirinowski teil, gleichzeitig fordert Anpilows *Molnija* (Nr. 39) ihre Leser auf, jenes chauvinistische Schundblatt *Dien*, dessen Liebe Pamjat gilt, zu abonnieren. Die RKRП ist bekannt für ihre abscheuliche „rot-braune“ Koalition mit offen großrussischen Chauvinisten wie dem antisemitischen Schriftsteller W. Rasputin und Schirinowski, dem Monarchisten Alexander Newzorow und dem Russischen Nationalsynod (Sobor) von General Alexander Sterligow. Im RKRП-Zentralkomitee sitzt Makaschow, der die Jelzin-Anhänger „Zionisten“ nennt und regelmäßig gegen die „Kosmopoliten“ wettet – Stalins antisemitisches Kodewort für Juden – und der auch ins Präsidium des Sobor gewählt wurde. Es ist kein Zufall, daß Pamjat die Präsidentschaftskandidatur von Makaschow im Juni 1991 unterstützt hat.

Die Konferenz des Sobor vom 12. Juni in Moskau – an der auch Monarchisten, Faschisten im Schwarzhemd und Kosaken in voller Montur sowie die RKRП teilnahmen – markierte eine wichtige Etappe bei der Stärkung der faschistisch-korporatistischen Kräfte. Der Sobor geiferte, das Jelzin-Regime sei eine „Regierung des nationalen Verrats“, die „Russen haßt und Juden liebt“. Sterligow ist genauso ein fanatischer Antikommunist wie Jelzin oder Gaidar. Sterligow verurteilt den Kommunismus als „feindlich gegenüber den alten nationalen Traditionen Rußlands ... daher ist es ganz unmöglich, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die Träger dieser Ideologie sind“. Sowohl Sterligow als auch sein Stellvertreter Ilja Konstantinow, der als Chef der „All-russischen Versammlung der Werktätigen“ herumstolzert, haben sich im August 1991 auf Jelzins Seite geschlagen. Aber während Anpilow gegen Jelzin-freundliche „Demofaschisten“ wettet, hindert dies ihn nicht daran, Sterligow die Stiefel zu lecken. Die *Narodnaja Prawda* (Nr. 24) der Leningrader RKRП brachte den vollständigen Text von Sterligows Rede vom 12. Juni vor dem Sobor. *Molnija* (Nr. 40) veröffentlichte eine weitere Rede von Sterligow und bejubelte sie als ein Beispiel für die „intellektuelle Macht der Opposition“.

Sterligow/Schirinowski versuchen die russischen Arbeiter mit Chauvinismus zu vergiften, um sie leichter zur kapitalistischen Schlachtbank führen zu können. Und bei ihren



Nogues/Sygmа

Den konterrevolutionären Mob auf Jelzins Barrikaden im August 1991 hätte eine Arbeitermobilisierung unter echter kommunistischer Führung weggehen müssen

Bemühungen helfen ihnen diejenigen, die wie die RKRП an ihrer Seite stehen und obszönerweise rote Fahnen schwenken. Dies ist ein zynisches Verhalten. Anpilow & Co. nennen die Jelzin-Bande „Demofaschisten“, um die Einheit mit den „nationalen Patrioten“ gegen den westlichen Einfluß zu rechtfertigen. Dies geht zurück auf die angebliche „nationale Einheit“ gegen die Nazi-Invasoren 1941, als Stalin die zaristische Parole vom „starken Staat“ (Derschawa) wiederbelebte. Welch eine Perversion der Geschichte! Weder Stalins chauvinistische Propaganda für einen „Großen Vaterländischen Krieg“ noch das Bündnis mit den „demokratischen Imperialisten“ haben die Nazis besiegt, sondern die heldenhaften Leistungen und Opfer des multinationalen sowjetischen Proletariats. Die „rot-braune“ Koalition spuckt auf die Erinnerung an diesen Kampf.

Die einzige Differenz des Sobor mit Jelzin liegt darin, daß jener eine neue Klasse von kapitalistischen Ausbeutern auf reinrassige Söhne der Rus beschränken will. Konstantinow fordert ein „Rußland, einig und unteilbar; gleiche Rechte für alle Eigentumsformen; eine gemischte Wirtschaft“. Sterligow geifert, man dürfe es nicht zulassen, daß Eigentum in die Hände von Juden und Ausländern fällt, sondern es soll nur „denen, deren Vorfahren Rußland aufgebaut haben“, zukommen. Mit anderen Worten, er will Rußlands Fabriken, landwirtschaftliche Kollektive, Bergwerke und Ölfelder denen zurückgeben, die in die Fußstapfen der zaristischen Kapitalisten und Gutsbesitzer und des übrigen alten russischen Adels treten würden und die genauso wie Jelzin Diener des Imperialismus wären. In Wirklichkeit diente die zaristische Selbstherrschaft vor 1917 – bei all ihrem reaktionären russischen Nationalismus – als Agentur des westlichen Finanzkapitals, besonders der Pariser Börse, bei der Ausbeutung von Rußlands Werktätigen.

Mittlerweile schließen sich die RKRП und andere jedem finsternen chauvinistischen Kreuzzug an, wie bei Moldawien, und sind damit im Schlepptau der Faschisten und anderer Konterrevolutionäre. Dabei behaupten sie, die russischsprachigen Minderheiten gegen nationalistische Angriffe zu

Fortgesetzt auf Seite 14



Eine Frau stöbert nach Eßbarem auf der Moskauer Müllkippe. Jelzins Regime der kapitalistischen Restauration hungert sowjetische Werktätige aus

Der Spiegel

Stalinistische Ehemalige...

Fortsetzung von Seite 13

verteidigen. Als Leninisten sind wir gegen *jedes* nationale Privileg und *jeden* Nationalismus. Wenn man in Moldawien entweder die slawische oder die rumänische Seite unterstützt, wird das nur zur Eskalation des Blutvergießens zwischen den ethnischen Gruppen führen, den mörderischen Nationalismus weiter entfachen und zu einer endlosen Reihe von kommunalistischen Massakern und Gegenmassakern führen. Seht, was im Kaukasus geschehen ist; und in Jugoslawien wurde der Arbeiterstaat in einem allseitigen nationalistischen Bruderkrieg zerstört!

Nur durch den unerbittlichsten Kampf gegen jede nationale Unterdrückung schuf Lenin die Grundlage für den multinationalen sowjetischen Arbeiterstaat. Während er das Recht auf Selbstbestimmung für alle Nationen anerkannte, war Lenin gegen jeden Nationalismus, sei er auch „noch so sehr ‚gerecht‘, ‚sauber‘, ‚verfeinert und zivilisiert“ („Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“, 1913). Er verurteilte jeden Hauch von Antisemitismus oder großrussischem Chauvinismus als Propaganda der Schwarzhunderter. Und nicht nur vor, sondern auch nach dem Oktober. Bei seinem Kampf, den er gemeinsam mit Trotzki über die georgische Frage gegen Stalin und Ordschonikidse führte, schrieb Lenin: „Dem großrussischen Chauvinismus erkläre ich den Kampf auf Leben und Tod“ (Oktober 1922).

Doch heute wird der Chauvinismus der Schwarzhunderter, den Lenin so scharf angegriffen hat, von denen propagiert, die fälschlicherweise Anspruch auf seinen Mantel erheben. Eine kürzlich erschienene Ausgabe der Zeitung *Schtschto Delat* („Was tun“) vom Werktätigen Rußland brachte von Jakuschew einen Aufguß der antisemitischen Fälschung „Die Protokolle der Weisen von Zion“ durch die zaristische Geheimpolizei. *Molnija* (Nr. 39) verteidigte dann Jakuschew als einen „Führer der Arbeiterbewegung“. Die Demonstration bei Ostankino am 12. Juni, zustande gekommen durch die Bemühungen des Werktätigen Rußlands, forderte eine chauvinistische „Russischstunde“ im Fernsehen; es war eine Orgie von Chauvinismus und Antisemitismus, dominiert von Sterligow und Schirinowski, mit Plakaten, auf denen stand: „Russisches TV bedeutet TV ohne Juden“.

Wie Lenin sagte: „Kto kowo?“ (Wer wen?). Elemente der RKRPP möchten sich vielleicht in die Tasche lügen, daß

sie die Sterligows und Konsorten nur „vorübergehend“ benutzen, um den Kampf gegen die Jelzinsche Konterrevolution zu fördern. Andere, wie der RKRPLer, dessen Brief in *Glasnost* veröffentlicht wurde, machen sich Sorgen über „zu engen Kontakt mit Nationalpatrioten“. Aber Ostankino zeigt, wer wen benutzt. Jeder Block mit diesen reaktionären „Nationalpatrioten“, jedes Nachgeben ihnen gegenüber, egal wie viele rote Fahnen mit dabei sind, fördert nur ihr Ziel einer blutigen faschistischen Konterrevolution.

Sich mit Kapitalisten verbünden, um den Kapitalismus zu bekämpfen?

Die Ostankino-Demonstration war so offenkundig reaktionär, daß manche versucht haben, dazu auf Distanz zu gehen. Medwedew und Denisow gaben am 23. Juni sogar eine Pressekonferenz, um zu verkünden, daß „nur ein paar [!] isolierte Provokateure“ geschrien hätten: „Schlagt die Juden“. Doch die Zeitschrift *Glasnost*, zu deren Redaktion Medwedew und Denisow gehören, lobt den Sobor des antisemitischen Provokateurs Sterligow.

Und die SPT – zusammen mit RKRPP, WKPB, RPK und SK – schloß sich solch reaktionären Vereinen an wie dem Sobor, der „Union der Kosaken“ und dem „Fonds für die Restaurierung des Schreins von Christus dem Erlöser“ und unterschrieb im letzten März die „Erklärung über die Gründung der Vereinigten Opposition“, die die „rot-braune“ Koalition formalisierte. Diese Erklärung verkündete: „Wir, in Vertretung der ‚linken‘ und ‚rechten‘ Opposition, sind zu dem Schluß gekommen, daß die Rettung des Vaterlands nur möglich ist durch gemeinsame Aktionen auf der Basis von Bürgerfrieden und nationalem Vertrauen.“ Die Erklärung besteht auf der „Unzulässigkeit von Konfrontationen zwischen ‚Weißen‘ und ‚Roten““.

Dies war mit anderen Worten ein Appell an die Arbeiter, „Klassenfrieden“ zu wahren, während die Faschisten ungestraft marschieren und die Konterrevolution triumphierend wütet. Die „rot-braune“ Koalition ist nur die groteskste Form der klassenkollaborationistischen Volksfrontpolitik, die 1935 von Stalin/Dimitroff verkündet wurde. Damals wie heute ordnet die Volksfront die Arbeiterbewegung einem Teil der Bourgeoisie unter. Heute gibt es nicht einmal mehr das alte stalinistische Feigenblatt, das die Unterstützung des „demokratischen“ Kapitalismus als eine angebliche Etappe auf dem Weg zum Sozialismus rechtfertigte, sondern es gibt

vielmehr einen offenen Block mit dem nationalistischeren Flügel der Konterrevolution.

Im wesentlichen nichts anderes ist die Unterstützung, die viele von eben diesen Elementen um die SPU und die SK Krawtschuk gegen den Faschisten Tschornowil gegeben haben als dem „kleineren Übel“ bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine letztes Jahr. Die randalierenden ukrainischen faschistischen Banden sehen keine Notwendigkeit, sich mit der Linken zu „vereinigen“. Aber Krawtschuk verwaltet die Restauration des Kapitalismus genauso wie Jelzin, und das wird notwendigerweise in eine faschistische oder bonapartistische Etappe übergehen, damit die Arbeiter zerschlagen werden.

Ist es nicht offensichtlich, daß man nicht gegen die kapitalistische Konterrevolution kämpfen kann, wenn man sich kapitalistischen Kräften anschließt? Die Wahrheit dabei ist, daß keine dieser Organisationen gegen die Wiedereinführung des Kapitalismus ist. Die SPT, SK und RPK unterstützen alle eine „gemischte Wirtschaft“, was im Zusammenhang einer wütenden Konterrevolution bedeutet, die kapitalistische Restauration zu unterstützen.

Die RKRK spuckt zwar gelegentlich „linke“ Töne gegen die Privatisierung, doch regelmäßig verkündet sie die „Gleichheit aller Eigentumsformen“. *Molnija* (Nr. 39) druckt eine Erklärung der „Föderation von Kommunisten der erzieherischen, wissenschaftlichen und schöpferischen Organisationen“ ab, die eine „Entstaatlichung“ durch die „Errichtung der Selbstverwaltung von Volksbetrieben“ fordert. Die gleiche Ausgabe enthält Bemerkungen von Busgalin von der PT, die sich ausdrücklich die prokapitalistische britische Labour Party zum Vorbild nimmt, wo er die „Übertragung des Eigentums auf die Arbeitskollektive“ fordert. All dies läuft in der einen oder anderen Form auf Forderungen nach einer illusorischen „Arbeiterprivatisierung“ hinaus.

Selbst wenn ein solches System errichtet werden könnte, wäre das Eigentum von Arbeitskollektiven nur ein kurzer Übergang zu neokolonialer kapitalistischer Ausbeutung. Solche Kollektive würden *gegenseinander konkurrieren* unter den Bedingungen von Hyperinflation, völliger Zerrüttung des Versorgungssystems und Massenarbeitslosigkeit. Die meisten Unternehmen würden bankrott gehen, selbst wenn sie die Löhne in den Keller treiben würden. Verzweifelte Arbeiterkollektive müßten dann die Unternehmen an ausländische Investoren oder betuchte Mitglieder der russischen Mafia verkaufen. Selbst in Jugoslawien, wo eine begrenzte „Arbeiterselbstverwaltung“ auf der Basis von *Staatseigentum* existierte, unterminierte dies die Solidarität der Arbeiterklasse, führte auf allen Gebieten zu immer größerer Ungleichheit und vergrößerte die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den einzelnen nationalen Republiken, das bereitete den Boden für das blutige konterrevolutionäre Auseinanderbrechen des Landes.

Wir Trotzisten sind gegen die reaktionäre Utopie eines „Arbeiterkapitalismus“ und treten ein für eine *geplante kollektivierte Wirtschaft unter einer Arbeiterregierung auf der Grundlage von demokratisch gewählten Sowjets*. Wirkliche Sowjets wären Organe des Massenkampfes und der proletarischen Herrschaft anstelle der bürokratischen Apparate unter dem Stalinismus (oder der künstlichen Gebilde der Rumpfstalinsten heute).

Läßt man die „linke“ Phrasendrescherei weg, dann ist heute in Rußland die Forderung nach Privatisierung durch „Arbeitskollektive“ nichts anderes als das Programm des Industrie-Vertreters Wolski und von Ruzkoi, der gern der starke Mann sein will: daß die Fabrikmanager das Eigentum an den Produktionsmitteln unter einem korporatistischen „starken Staat“ übernehmen sollen. Sie verstehen, daß die Restauration des Kapitalismus nicht demokratisch durch-



Galpain/Reuters

Kosaken beim Kongreß der Volksdeputierten: Die Nachfahren der zaristischen Stoßtruppen tauchen wieder auf

geführt werden kann, sondern die starke Hand eines bonapartistischen, d. h. diktatorischen, Regimes benötigt.

Die „Russischen Kommunisten“ von der RKRK usw. sind in Wirklichkeit die linke Flanke der konterrevolutionären Fraktion von Wolski/Ruzkoi/Sterligow. Als Ruzkoi die Staatsmacht aufmarschieren ließ, um den Streik der Fluglotsen anzugreifen, standen die Stalinisten abseits. Sie rechtfertigen ihre eigene Feindseligkeit gegenüber den Streikenden mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß die Führer der „freien Gewerkschaften“ für Jelzin sind, obwohl sich diese Gewerkschaften jetzt *gegen* das Jelzin-Regime gestellt haben. Indem sie arroganterweise den Arbeitern die Schuld geben für die Verbrechen ihrer Führung, dienen die Stalinisten nur dazu, diese Arbeiter tiefer in die Arme ihrer reaktionären Führer zu treiben. Und wo haben diese arroganten angeblichen Arbeiterführer von RKRK, Werktätiges Rußland usw. auch nur einen einzigen Streik gegen Jelzins Hungerpolitik geführt?

Die antileninistische Lüge vom „Sozialismus in einem Land“

Hinter der Kapitulation dieser selbsternannten „Kommunisten“ vor der nationalistischen Konterrevolution steht ihre Vasallentreue zu Stalins/Bucharins nationalistischer Lüge vom „Sozialismus in einem Land“. Lenin schloß seine kurze Ansprache an den Petrograder Sowjet, in der er die Machteroberung der Arbeiter 1917 verkündete, mit den Worten: „Lang lebe die sozialistische Weltrevolution!“ Immer wieder hat Lenin – und darin drückte er die Sichtweise aller Marxisten aus – darauf bestanden, daß der Sozialismus nur durch die internationale proletarische Revolution triumphieren könnte. Aber 1923/24 wurde die bolschewistische Partei des Oktober erdrosselt, und das Programm von Lenin wurde über Bord geworfen. Die politische Konterrevolution unter Stalins Führung verwandelte die KPdSU in einen bürokratischen Apparat und hat von da an, im Namen des „Sozialismus in einem Land“, eine revolutionäre Gelegenheit nach der anderen verraten – von China über Spanien bis zum Westeuropa der Nachkriegszeit.

Von der RKRK bis zur SPT lassen sich die Ursprünge all der verschiedenen Degenerationsprodukte des Zusammen-

Fortgesetzt auf Seite 16



Moskau, September –
Beim Protest der Arbeiter vor der Moskauer
Autofabrik ZIL gegen
Privatisierung sprach
ein IKL-Vertreter

Spartacist

Stalinistische Ehemalige...

Fortsetzung von Seite 15

bruchs der stalinistischen Bürokratie auf dieses bankrotte, verräterische Programm zurückverfolgen. So lehnt der RKR-„Ideologe“ Sergejew die Idee des „internationalen Kollektivismus“ ab und behauptet gleichzeitig: „Die Idee des russischen oder, wenn man so will, großrussischen Kollektivismus wird funktionieren“. Und Medwedew echot: „Wir müssen ... über den Leninismus sagen, daß der Idee der Weltrevolution zu viel Bedeutung gegeben wurde.“ Wir müssen über Sergejew, Medwedew und ihresgleichen sagen, daß diejenigen, die die leninistische Perspektive der Weltrevolution zurückweisen, notwendigerweise unfähig sind, gegen die Konterrevolution zu kämpfen.

In der *Verratenen Revolution* erklärte Trotzki, daß selbst ein gesunder revolutionärer Arbeiterstaat dem Druck des imperialistischen Weltmarktes nicht lange entgehen könnte. Die Alternativen: entweder die Förderung der sozialistischen Revolution, die den Kapitalismus international abschafft, oder die Beschwichtigung des Imperialismus im Ausland und die damit einhergehende Rehabilitation der nationalistischen Reaktion im Inland. Die Leninisten-Trotzkisten kämpften für das erstere Programm; Stalin und seine

Erben vertraten das letztere. Und als der Bankrott ihres bürokratischen Kommandosystems offenkundig wurde, sahen Stalins Erben keine andere Alternative, als die Entwicklung des Kapitalismus zu akzeptieren.

Gruppe „Arbeiterdemokratie“ = Jelzinsche „Demokraten“

Der groteske Charakter der „rot-braunen“ Koalition eröffnet für manche die Möglichkeit, eine anscheinend „linke“ Alternative anzubieten als Zwischending zum authentischen Leninismus-Trotzkismus. Dies ist die Rolle der Gruppe Arbeiterdemokratie von Sergej Beiz, die mit der britischen Militant-Gruppe verbunden ist. Trotz ihrer ökonomistischen Forderungen und ihrer arbeitertümelnden Rhetorik sind sie *nicht* gegen die kapitalistische Restauration gewesen. Im Gegenteil, im August 1991 haben sie sich *den Kräften der kapitalistischen Restauration angeschlossen*, um mit den übrigen Jelzinschen „Demokraten“ das Weiße Haus zu verteidigen. Ebenso standen im August 1991 die Sozialistische Arbeiterunion von Alexej Gusew (verbunden mit der britischen Workers Revolutionary Party von Cliff Slaughter), die Proletarischen Revolutionären Zellen von Dmitri Schwania (verbunden mit der britischen antisowjetischen Socialist Workers Party von Tony Cliff) und Arbeitermacht alle auf der Seite von Jelzin.

Arbeiterdemokratie bejubelt tatsächlich Jelzins konterrevolutionären Gegenputsch als den Beginn des „revolutionären antibürokratischen Prozesses“ und verkündet in grotesker Anlehnung an Lenin: „Die Revolution, die der Bourgeoisie die Macht gab, ist vorbei, die nächste Revolution wird die Macht in die Hände der Arbeiter legen.“ Diese Leute haben nichts zu tun mit Trotzismus, sondern repräsentieren vielmehr einen Hang zur Stalinophobie. Hinter ihrem Gerede über „demokratischen Sozialismus“ steckt die Unterstützung für den gar nicht so demokratischen Kapitalismus gegen den stalinistischen degenerierten Arbeiterstaat. Sie *unterstützten* Lech Walesas Solidarność, die von Vatikan und CIA finanziert wurde, während ihrer Kampagne für die Restauration des Kapitalismus in Polen 1981. Sie begrüßten die Zerstörung der UdSSR und *leugneten* absurderweise, daß „die Liquidierung der UdSSR die Position des Sozialismus in der Welt geschwächt hat“ (*Arbeiterdemokratie*, April/Mai 1992). Sie sind keine Vierten Internationalisten, son-

Schulungen der SpAD

BERLIN

Mittwoch, 2. Dezember, 18.30 Uhr

**Hunderttausende gegen Nazi-Terror
Arbeiter/Immigrantenmobilisierung
wird Nazis zerschlagen!**

Linkstreff, Weddingstraße 6

1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

Weitere Informationen: (030) 4 92 78 66

HAMBURG

Sonnabend, 12. Dezember, 15.00 Uhr

**Der Zusammenbruch des Stalinismus
und die Aufgaben des Trotzismus**

Ort über (040) 32 36 44 zu erfragen

dem Sozialdemokraten der Zweiten Internationale: Die Militant-Gruppe in Britannien ist seit vier Jahrzehnten tief innerhalb der proimperialistischen antisowjetischen Labour Party vergraben, der sie auch weiterhin treu bleiben.

Aber im klassischen Stil von Opportunisten stellten sie sich einfach darauf um, der „rot-braunen“ Koalition nachzutreten, als sie herausfanden, daß mit dem Hinterherlaufen hinter Jelzinschen „Demokraten“ nichts zu gewinnen war. In einem auf der Titelseite abgedruckten Appell an Werktätiges Rußland über den Kampf gegen die Privatisierungen hat Arbeiterdemokratie (April/Mai 1992) mit keinem Wort die chauvinistischen Positionen vom Werktätigen Rußland verurteilt — sie haben noch nicht einmal die Wörter „Chauvinismus“ oder „Antisemitismus“ erwähnt. Jetzt hat Arbeiterdemokratie schließlich ihren Mut zusammengefaßt und wenigstens ganz abstrakt gesagt: „Nieder mit Nationalismus und Chauvinismus! Lang lebe der Oktober von Lenin und Trotzki!“ Aber was können solche Worte bedeuten, wenn sie von Leuten kommen, die offen auftretende Monarchisten einladen zu einer Diskussion unter „Genossen“ auf einer Veranstaltung am 29. August in Moskau und die bei den Barrikaden der Konterrevolution auf der Seite von Jelzin standen?

Für die Wiederschmiedung der Kommunistischen Partei von Lenin und Trotzki!

Es gibt in diesen Tagen viel Gerede über den Wiederaufbau der KPdSU. Doch entscheidend ist die Frage des Programms — eine Kampfstrategie zur Mobilisierung des Proletariats im Kampf für seine eigene Macht. Wir sind für die Wiederherstellung der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki. Der Entwurf der „Programmatischen Erklärung der 20. Allunionskonferenz der KPdSU“, der in der *Prawda* (8. September) veröffentlicht wurde, räumt

„Fehlalkulation in großem Maße, Machtmißbrauch und Verbrechen gegen die Position und sogar das Leben von Menschen“ in der Stalin-Ära ein, wie schon Chruschtschow 1956 zugegeben hatte. Aber trotz seiner scharfen Kritik am „Verrat der Gorbatschow-Jakowlew-Gruppe“ gibt es keinen Versuch zu erklären, wie es zur Degeneration der bolschewistischen Revolution gekommen ist, und deshalb ist dies nur ein Deckmantel für die Politik, die zu Gorbatschow und Jelzin geführt hat.

Auf der KPdSU-Konferenz selber, die am 10. Oktober stattfand, verteidigte Prigarin, einer der Autoren der *Prawda*-Erklärung, weiterhin einen Block mit den „Patrioten“ und forderte eine allumfassende Partei, in der es diejenigen gibt, die „Stalin als Verbrecher“ sehen, und diejenigen, die ihn als „Erlöser“ sehen, diejenigen, die eine zentralisierte Wirtschaft wollen, und diejenigen, die „Marktsozialismus“ bevorzugen. Solch ein kautskyanischer Mischmasch ist ein Rezept für eine sozialdemokratische Partei, die bestenfalls die Arbeiter, über die sie vielleicht Einfluß ausübt, verwirren und desorientieren würde. Was diese ehemaligen Bürokraten über alles fürchten, ist ein klares, revolutionäres Programm.

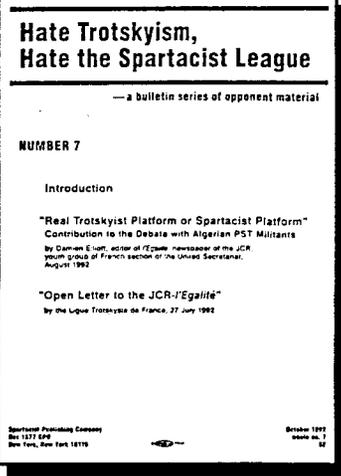
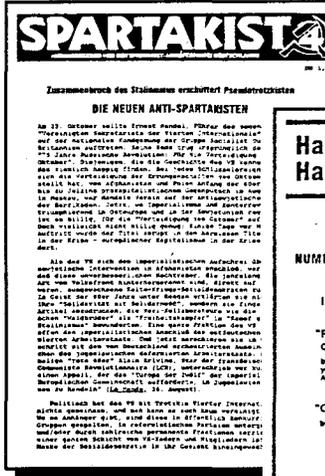
Sieben Jahrzehnte Stalinismus haben die Konzeption von revolutionärer Führung pervertiert in eine Konzeption von bürokratischem Befehl, was in der Verfassung mit der „führenden Rolle der Partei“ festgeschrieben war. Revolutionäre Führung ist der Kampf, die werktätigen Massen von den Irreführern, die bürgerliche und nationalistische Ideologie fördern, zu brechen und sie auf der Grundlage der echten Interessen des internationalen Proletariats zu mobilisieren. Was heute nötig ist, ist die echte Einheit allerer, die den Kommunismus von Lenin und Trotzki auf der Grundlage des bolschewistischen Programms der sozialistischen Weltrevolution anstreben. Das ist der einzige Weg vorwärts.

11. Oktober 1992

Die letzten Sumpflüthen des Vereinigten Sekretariats Die neuen Anti-Spartakisten

„Wie weiter mit der IV. Internationale?“, fragt die neueste deutsche *Inprekorr*. Sie meint damit Ernest Mandels Parodie auf den „Trotzkismus“, das „Vereinigte“ Sekretariat. *Inprekorr* spekuliert über die „VSP-isierung“ des VS. Im Klartext: Aufgebaut auf der Basis von ewiger Nachtrabpolitik, Entrimismus und Unterstützung von Volksfronten, ist das VS auf dem kürzesten Weg zum Aussterben. Heute kann es keine „Massenbewegung“ finden, der es hinterherlaufen kann, außer der offenen Konterrevolution. Interessierte sollten unser „Combined and Uneven Developments in the USec“ in *Workers Vanguard* Nr. 562, 30. Oktober (1,- DM), oder unsere Broschüre *Ernest Mandel vs. revolutionäre Führung* (1,50 DM) vom Juli 1991 zu Rate ziehen.

Als das VS anfing, zusammenzubrechen, tauchte eine neue zentristische Konstellation auf: die „Internationale Trotzkiistische Opposition“ von Franco Grisolia und Damien Elliott, dem Führer von der *JCR-Egalité*, einer der Jugendorganisationen der französischen Sektion des VS. Wie wir in unserer neuen Broschüre *Die neuen Anti-Spartakisten* (für 1,- DM zu beziehen) schreiben: „Was Elliott, Grisolia & Co. wirklich quält, ist nicht die groteske Verratspolitik des VS, sondern das ‚Gespenst der Spartakist-Politik.‘“ Elliotts Exorzismus-Versuch spiegelt sich wider in dem Text „Real Trotskyist Platform or Spartacist Platform“. Dieser Text ist jetzt erhältlich in Englisch (und auch in Französisch) als Nr. 7 in unserer Bulletin-Serie *Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League*, zusammen mit unserem „Open Letter to the *JCR-Egalité*“ (4,- DM). Die IKL macht die Polemiken unserer „linken“ Opponenten zugänglich!



Gesamtpaket DM 5,-

Voran: „Linkes“ Feigenblatt am stinkenden Leichnam der SPD

Seit den Pogromen gegen Flüchtlinge in Hoyerswerda und Rostock, die durch die rassistische Hetze aller Bonner Parteien vorbereitet wurden, mobilisieren immer breitere Schichten von Jugendlichen gegen den faschistischen Terror. Der Unmut wächst auch in der Basis der sozialdemokratischen Parteien (SPD und PDS), besonders unter der Jugend, zugespitzt durch die Unterstützung der SPD-Führung für die Abschaffung des Artikels 16 des Grundgesetzes.

Im Oktober organisierte „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) eine Demonstration in Brüssel, zu der etwa 40 000 antifaschistische Jugendliche aus mehreren Ländern Europas fuhren. Die Hauptorganisatoren der JRE sind aus einer Tendenz um die Zeitung *Militant* in Britannien und *Voran* in Deutschland. Diese Strömung ist bekannt als treue sozialdemokratische „linke Oppositionelle“, die ihren Ursprung im Entrismus von angeblichen Trotzlisten in der Labour Party in Britannien hat, geführt von Ted Grant.

Worauf zielt *Militant* ab? Grants Nachfolger als *Militant*-Herausgeber, Peter Taaffe, sagt unverblümt über die „neue Generation“: „Da gibt es eine große Wählerschaft draußen, die wir in die Labour- und Gewerkschaftsbewegung hineinziehen können“ (*New Statesman*, 27. September 1991).

Zwar hat sich die Mehrheit dieser Gruppe jetzt formal von der Labour Party getrennt und präsentiert sich als die „wirkliche Labour Party“, doch sie setzen die gleiche Politik fort. Beide Flügel riefen bei der letzten Wahl zur Stimmabgabe für die Labour Party auf. Nach drei Jahrzehnten Anpassung an die Labour-Parteispitze ist diesen Leuten ihre reformistische Maske ins Gesicht gewachsen, heute versuchen sie, den Kampf der Jugendlichen gegen faschistischen Terror zu kanalisieren und zurück in den Schoß der Sozialdemokratie zu führen.

Aber sind nicht die Seiten von *Voran* voller Kritik an der SPD-Spitze? Betonte der JRE-Aufruf zur Demonstration in Brüssel nicht die Notwendigkeit, die Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung zu mobilisieren, um die Faschisten zu stoppen?

Doch während Jusos mit dem Transparent „Rassismus auf Raten: Sozialdemokraten!“ mobilisieren und damit drohten, den SPD-Parteitag zu stören, um die Annahme rassistischer Beschlüsse zum Asylrecht zu verhindern, antwortet *Voran* in der November-Ausgabe auf die Frage: „Raus aus der SPD? Nein!“

Ein paar Beispiele, wie diese Politik in der Tat aussieht. Im Programm von JRE-Deutschland wird „kein Vertrauen auf Polizei und Gerichte“ gefordert. Aber in *Voran* lesen wir dagegen ihre Losung für „gewerkschaftliche Kontrolle über Polizeieinsätze“! Hier ist das wirkliche, reformistische Programm von *Voran*: die Illusion, daß die Polizei – durch „Druck“, Gesetze oder sonst was – in etwas anderes als die Wachhunde der bürgerlichen Ordnung umgewandelt werden kann. Der wirkliche Skandal ist, daß diese Bullen nicht schon lange aus dem DGB rausgeschmissen wurden, wie wir Spartakisten fordern. Diese Streikbrecher und Rassisten haben in der Arbeiterbewegung nichts zu suchen!

Im links klingenden Aufruf für die Brüssel-Demo wird gefordert: „Für ein demokratisches und sozialistisches Europa, wo Bedingungen für Rassismus, Arbeitslosigkeit, Armut und Krieg beseitigt sind“. Doch ihr Hauptziel (Extrablatt „10 Jahre Kohl sind genug“) ist: „Die einzige Alternative zu einer CDU-Regierung ist eine SPD-Regierung.“ Alternative? Man braucht sich nur die SPD-Politik

in den Hauptfragen anzusehen, wie Rassismus, kapitalistische Austerität, ganz zu schweigen von der kapitalistischen Wiedervereinigung, um zu sehen, daß sich die SPD-Politik heute kaum von CDU/FDP unterscheidet.

Ihre Organisation ist die SPD – die Partei von Just, dem Judenmörder von Hitlers Wehrmacht, von Schnoor, Voscherau und Lafontaine, den brutalen Vertreibern von Roma und Sinti, von Mompers Bullenterror gegen die Hausbesetzer der Mainzer Straße in Berlin.

Die „guten alten Zeiten“, die es nie gab

Voran versichert uns beruhigend: „Heute ist es auch nicht das erste Mal, daß die Rechten in der Partei den Ton angeben... Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Polarisierung folgte aber 1969 die Linksentwicklung in der Partei, zusammen mit Masseneintritten und der Belebung der Jusos“ (November 1992).

Tatsache ist, daß die Radikalisierung der 68er Generation meistens mit einem formalen Bruch mit der SPD begann (wenn nicht sogar mit einem Ausschluß aus der Sozialdemokratie). Und wie hat die SPD darauf reagiert? Die SPD an der Macht war die Partei des Polizeiterrors und der Terroristenhatz. Die Sozialdemokratie führte die Berufsverbote ein. Unter der SPD wurden die antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchgesetzt.

Noch ein Beispiel der Beschönigung der SPD-Geschichte passierte kürzlich in Leipzig, wo Faschisten in der Juso-Gruppe auftauchten. In einem Protest (auch unterschrieben von der AG „Junge GenossInnen“ und VL) in der November-Ausgabe von *Voran* lesen wir: „... was würden alle alten Sozialdemokraten wie Herbert Wehner, Rudolf Breitscheid, Wilhelm Liebknecht, August Bebel und viele andere sagen, wenn sie erfahren müßten, daß einige ihrer Enkel Reichskriegsflaggen in SPD-Büros hängen und die dritte [sic!] Strophe des Deutschlandliedes in ihrem offiziellen Liederbuch propagieren...“

Offenbar verwechseln sie die dritte mit der verbotenen ersten Strophe. SPD-Ebert erhob übrigens 1922 das komplette Lied zur deutschen Hymne. Und Herbert Wehner!? Was hätte wohl dieser wütende Antikommunist und große Verfechter der NATO gesagt? O-Ton Wehner 1982: „Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefegt... – wir sind am Ende mitschuldig, wenn faschistische Organisationen aktiv werden“ (*taz*, 16. November, zitiert von Münchens Oberbürgermeister und Oberrassist Kronawitter). Was fehlt in dieser seltsamen Aufzählung von Bebel bis Wehner? *Scheidemann und Noske*. Ihre Opfer, *Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg*, gründeten schließlich die KPD.

Warum diese Verfälschung der Geschichte der SPD, diese Beschönigung ihrer Klassenkollaboration und ihres Verrats? Um das Katzengold von einer zukünftigen „Linkswende“ der SPD anzubieten. *Voran* vertuscht die wirkliche, grundsätzliche „Rechtswende“ der SPD, die nicht mit der Petersberger Klausurtagung und auch nicht mit dem Godesberger Parteitag 1959 anfang, wo die SPD dem Marxismus und Klassenkampf abschwor und sich zu einer „Volkspartei“ erklärte. Die SPD beging ihren welthistorischen Verrat 1914, als die SPD-Führung ihre eigene Bourgeoisie im imperialistischen Krieg unterstützte. Seitdem ist die Sozialdemokra-

tie mit ihrem prokapitalistischen Programm der Agent der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung.

Die SpAD will die proletarische Basis dieser Partei zum Kampf für das kommunistische Programm gewinnen, und diesen stinkenden Leichnam endlich begraben. Im Gegensatz dazu hielt sich *Voran* seit Jahrzehnten in der Sozialdemokratie versteckt — die Parteiführung weiß die „Gefahr“ durch diese angebliche „linke Opposition“ sicherlich zu schätzen...

Voran schwarz-rot-gold

Das Wachstum des faschistischen Terrors ist ein direktes Ergebnis der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, die von der SPD und ihren „linken“ Helfershelfern wie *Voran* angespornt und kräftig bejubelt wurde. Seit der Oktoberrevolution 1917 sind die sozialdemokratischen Parteien in allen Ländern die Todfeinde dieser ersten Diktatur des Proletariats.

Vorans Politik steht völlig in dieser antikommunistischen Tradition. Als wir im Herbst 1989 vor der Alternative entweder einer proletarisch-politischen Revolution im deformierten Arbeiterstaat DDR oder der verheerenden Zerstörung der DDR durch kapitalistische Restauration standen, übte sich *Voran* — im Wettstreit mit der SPD — in der Verbreitung von antisowjetischen *deutschnationalen* Argumenten: „Nationale Selbstbestimmung heißt nicht nur die Unabhängigkeit des deutschen Volkes von den vier Siegermächten und ihren 700 000 starken Besatzungstruppen...“ (Extrablatt, Februar 1990)

Und diese Leute regen sich über die erste Strophe des Deutschlandliedes auf? *Voran* sagte „Russen raus“! Wir dagegen ehren die Rote Armee, die das Naziregime zerschlug, und deren Westkräfte in der DDR 45 Jahre lang die westlichen Grenzen gegen die NATO-Imperialisten verteidigten.

Als im Januar 1990 das Ehrenmal für die gefallenen sowjetischen Soldaten im Berliner Treptower Park geschändet wurde, initiierten wir eine Demonstration, der sich die SED-PDS anschloß, woraufhin 250 000 Antifaschisten mobilisiert wurden, die gegen die Konterrevolution kämpfen wollten. *Voran* ignorierte Treptow und erwähnte die faschistische Gefahr in der DDR zwischen November 1989 und April 1990 überhaupt nicht. Statt dessen bejubelten sie den Skinhead-Ansturm auf die Stasi-Zentrale am 15. Januar! Ihre englische Mutterorganisation *Militant* schloß sich treu der Kampagne der Bourgeoisie an und bezeichnete faschistische Angriffe in der DDR als „Provokationen von SED-Unterstützern“ (*Militant*, 12. Januar 1990).

Die Spartakisten kämpften mit allen Kräften für eine proletarisch-politische Revolution in der DDR, für den Aufbau von Arbeiter- und Soldatenräten, um die Planwirtschaft gegen die Imperialisten zu verteidigen, sie aus den Händen der stalinistischen Bürokratie zu nehmen und sie international auszudehnen, für ein rotes Rätendeutschland. Im Gegensatz zur trotzkistischen bedingungslosen Verteidigung der Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und interne Konterrevolution unterstützte *Militant/Voran* jede reaktionäre „antistalinistische“ Bewegung in einem Arbeiterstaat — von Solidarność in Polen 1981 über die Leipziger Demos Ende 1989 und die SPD-geführte antikommunistische Hexenjagd bis zu den Jelzin-Barrikaden gegen den gescheiterten Putsch in der Sowjetunion im August 1991.

Britannien: Reformismus in Aktion

Wie sieht es aus, wenn sie eine „Chance“ haben, ihren Beitrag zur Verwaltung des Kapitalismus zu leisten? Hier müssen wir nach Britannien schauen — wo *Vorans* Mutterorganisation *Militant* tätig ist. Wir werden ein paar Beispiele unterstreichen, über die *Voran* nicht gern Auskunft gibt!

Mitte der 80er Jahre hatte *Militant* die Labour-Mehrheit im Stadtrat von Liverpool. Arbeitslosigkeit in dem überwiegend von Schwarzen bevölkerten Toxteth-Stadtviertel erreichte 80 Prozent. Obwohl 8 Prozent der Stadtbevölkerung Schwarze oder Menschen aus Asien sind, gab es nur weiße Stadtabgeordnete. 1985 hat der von *Militant* geführte Stadtrat während des heldenhaften Bergarbeiterstreiks — statt für einen Generalstreik gegen die Tory-Regierung zu kämpfen — schlicht 31 000 Stadt-Angestellte entlassen!

Der Chauvinismus von *Militant* (wie von *Voran*) ist konsequent — sie unterstützten Thatchers schmutzigen Falkland/Malvinen-Krieg gegen Argentinien und griffen uns an, weil wir für die Niederlage des britischen Imperialismus waren. Ihre Hauptlösung war „Labour Party wählen“, und diese stand hundertprozentig hinter der Kriegspolitik. Und sie sind *gegen* unsere Forderung „Britische imperialistische Truppen raus aus Nordirland — sofort und bedingungslos!“

Im einseitigen, blutigen Verwüstungskrieg der US/NATO-Imperialisten gegen Irak hatte die Arbeiterklasse eine Seite; die Unterstützer der Sektionen der IKL marschierten international unter der Losung: „Für die Niederlage der Imperialisten — Verteidigt den Irak!“ Bei einer Demonstration gegen den Golfkrieg in Glasgow am 12. Januar 1991 wurden Spartakist-Demonstranten auf Geheiß der Campaign for Nuclear Disarmament (Pazifisten) und der *Militant*-Tendenz von den Bullen eingekreist, abgeriegelt und mit Verhaftung bedroht; die *Militant*-Leute waren wieder die loyalsten Elemente von Ihrer Majestäts loyalster Opposition.

Jugendliche, die ein Programm suchen, um gegen den faschistischen Terror und für ein Ende des kapitalistischen Systems zu kämpfen, müssen sich mit unserem trotzkistischen Programm auseinandersetzen. Im Bus von Leipzig nach Brüssel zeigten wir das Video „Der Klan reitet nicht in Philly!“ — über eine Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen in Philadelphia 1988, initiiert von unseren Genossen des Partisan Defense Committees (brüderliche Organisation des Komitees für soziale Verteidigung in den USA) und der Spartacist League/U.S., die mit wesentlicher Gewerkschaftsunterstützung den Ku Klux Klan stoppte. *Militant hat nirgendwo* gegen die Faschisten mobilisiert.

Wir sagen, nur die Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse und Unterdrückten in Einheitsfrontaktionen, die die Flüchtlinge und Immigranten und ihre Familien verteidigen und die die Köpfe der Faschisten mit dem Bürgersteig bekanntmachen, kann den faschistischen Terror stoppen. Im Gegensatz zu *Voran* kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei dafür, weil wir die Perspektive haben, eine bolschewistische Partei aufzubauen und nicht ein „linkes“ Feigenblatt für Engholm und Lafontaine. ■

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4 92 78 66
Halle	SpAD, PSF 855 Halle 4002 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (0 40) 32 36 44
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Mittwoch von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreiff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	---

Hysterische Hexenjäger des BSA und der Fall Hanne Levien

Mit dem Schauprozeß gegen Erich Honecker ist die SPD-geführte antikommunistische Hexenjagd gegen alles und jedes, was an den deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert, an ihrem Siedepunkt angelangt. Der dubiose Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), der sich groteskerweise als trotzkistisch ausgibt, ist ein besonders wütendes Exemplar in der Meute der Stasi-Hexenjäger. Mit dem Ruf nach „Arbeitertribunalen“ will der BSA der Rachejustiz des Vierten Reichs eine „linke“ Flankendeckung geben und die Stasi-Hetze, die ansonsten das Geschäft des Job-Killers Treuhand und der sozialdemokratischen Betriebsräte ist, in die Arbeiterklasse und die Betriebe hineinragen. Unter der Parole „Stalinisten und Stasi raus aus den Betrieben“ wollen sie jeglichen Widerstand gegen Entlassungen brechen. Zehntausende Lehrer, Ärzte, Wissenschaftler und Arbeiter wurden damit aus den Betrieben und dem öffentlichen Dienst gefeuert – ganze Betriebe und Institutionen wie die Berliner Charité wurden ganz oder fast zerstört.

Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpfte für ein rotes Rätedeutschland und unerbittlich gegen die kapitalistische Wiedervereinigung wie auch gegen den Ausverkauf der DDR durch die Stalinisten. Der einzige Weg, die DDR zu verteidigen, war eine proletarisch-politische Revolution, die auch mit den Stalinisten für ihre wirklichen Verbrechen gegen die Arbeiterklasse abgerechnet hätte.

Aber die Zerstörung der DDR wurde im Namen des „Antistalinismus“ betrieben. Genau das ist es, was der BSA mit Besessenheit verfolgt. Wir schrieben in *Spartakist* Nr. 97 (September): „Selbst heute, wo es nicht mehr viele Stalinisten gibt, ist die ‚Abrechnung mit dem Stalinismus‘ die Hauptbeschäftigung der BSA-Bluthündchen für Limbach und Lummer“. In dem Artikel „Hysterie und offene Lügen“ (*Neue Arbeiterpresse*, 30. Oktober) antwortet der BSA mit einer hysterischen Bestätigung dieser Zeilen: Für den BSA – genau wie für den Kommunistenjäger und Richter Bräutigam und die Oberhexenjägerin Limbach – ist „auch heute, nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Regime, die politische und historische Abrechnung mit dem Stalinismus die wichtigste und dringendste Aufgabe“.

Wie die linksnationalistischen Hexenjäger von der *taz* hat auch der BSA dazu beigetragen, das Klima zu schaffen, in dem sein Mitglied Hanne Levien wegen „politischer Agitation“ im Juni 1991 von einer Ostberliner Baumaschinen-Handelsfirma gefeuert wurde. Nachdem der BSA die Niederlassungsleiterin als „alte Stalinistin“ angegriffen hatte, war der Fall für ihn ein gefundenes Fressen zu einer weiteren wütenden Kampagne, um „die stalinistischen Gangster zur Rechenschaft zu ziehen“. Laut BSA war der „zentrale Punkt“ von Hanne Leviens Berufungsklage gegen die Entlassungsentscheidung, „Wirtschaftskader der früheren DDR“ als „Stalinisten“ bezeichnet zu haben, wie es in der *Neuen Arbeiterpresse* (26. Juni) zu lesen war.

Die Werkstätten in der ehemaligen DDR nehmen es Wendehälsen zu Recht besonders übel, wenn diese brutal die Einführung des Kapitalismus verfolgen. Es ist den BSA-Männern aber wohl entgangen, daß die Geschäftsführungen und Niederlassungsleitungen der ehemaligen DDR-Betriebe zur Zeit von Hanne Leviens Entlassung alle unter dem Befehl der Treuhand standen, die noch kurz zuvor von dem *SPDler Rohwedder* geleitet wurde. Die *Sozialdemokraten* waren und sind die Manager der kapitalistischen Verwüstung der DDR und die Anführer der Hexenjagd. Die SPD sitzt in den Chefetagen der Gewerkschaften, die jeden Protest gegen Betriebsschließungen abwürgen und ausverkaufen. Und obwohl der BSA heute behauptet, die SPD sei „durch und durch bürgerlich“, hat er bei der letzten Bundestagswahl 1990 doch zur Wahl der SPD aufgerufen. Damit hat der BSA seine Politik auf den Punkt gebracht; er ist

mitverantwortlich für die Massenarbeitslosigkeit, die auch Hanne Levien und ihre Kollegen traf.

Jetzt will dieser „Bund Sozialdemokratischer Anhänger“ seine Hexenjagd rechtfertigen und wirft der SpAD vor, sich „nicht nur auf die Seite der alten Stalinisten, sondern auch der Berliner Justiz“ zu stellen. Man muß schon gleichzeitig halluzinieren und schielen, um uns z. B. gleichzeitig in Moabit als „Anwalt der heruntergekommenen und bankrotten stalinistischen Bürokratie“ zu sehen und angeblich im Fall Levien auf der Richterbank der Justiz des Vierten Reichs. Die SpAD ist bekannt für die entschiedene Verteidigung aller vom bürgerlichen Staat politisch verfolgten Linken, von der PKK und den RAF-Gefangenen bis zum antifaschistischen Helden Gerhard Bögelein und bis zu Honecker und Markus Wolf.

So hat die SpAD/IKL eine lange Geschichte der kompromißlosen Opposition gegen jede Einmischung des bürgerlichen Staates in die Arbeiterbewegung und gegen Angriffe der Bosse auf die Arbeiter, und deshalb sind wir gegen die Entlassung von Hanne Levien – genauso wie wir Hunderte und Tausende von Kollegen verteidigen, die der BSA als Stalinisten bezeichnen und die er (wie auch Bourgeoisie und Sozialdemokratie) liebend gern aus den Betrieben jagen würde. Die verlogene Verdrehung der Tatsachen wird um so absurder, wenn man sich dagegen die Geschichte der von David North angeführten internationalen Gruppe ansieht, der der BSA angehört. Sie haben wiederholt die Gerichte der Bourgeoisie gegen Linke benutzt.

Das jüngste Beispiel ist ihre Beteiligung an der Verfolgung von Mark Curtis, einem Gewerkschafter und Mitglied der Socialist Workers Party in den USA. Curtis wurde vom bürgerlichen Staat wegen „sexueller Nötigung“ zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt, während er in seinem Betrieb einen Kampf zur Verteidigung von Immigranten führte. Die North-Leute betätigten sich als schmutzige Juniorpartner des FBI, nannten ihn einen Vergewaltiger und schrieben den Text, der fast wörtlich von der Staatsanwaltschaft als Anklageschrift übernommen wurde, um Curtis ins Gefängnis zu werfen (siehe *Workers Vanguard* Nr. 561 vom 16. Oktober, „Free Mark Curtis! Workers League Brokers Frame-Up Operation“ [Freiheit für Mark Curtis! Workers League als Makler für abgekartete Sache]).

Und mit dem gleichen Ziel greift der BSA in der letzten *Neuen Arbeiterpresse* (13. November) die antifaschistischen Jugendlichen und Autonomen an, die Weizensäcke am 8. November in Berlin mit Eiern und anderen Agrarprodukten beworfen haben, und verdächtigt sie, staatliche Provokateure zu sein: „Wieweit die Steinewerfer und selbst ernannten Revoluzzer dabei selbst von staatlicher Stelle gesteuert sind, ist unklar.“ Und das, obwohl die Autonomen eine Pressekonferenz dazu abhielten, für die sie jetzt angeklagt werden sollen. Am 8. November wurden 14 Antifaschisten verhaftet, weil sie die Empörung Zehntausender zum Ausdruck brachten.

Wie man sieht, stehen die politischen Banditen des BSA nicht nur bei der antikommunistischen Hexenjagd auf seiten des Klassenfeinds. Das sogenannte „Internationale Komitee“ (IK), dem der BSA angehört, ließ sich unter Norths Vorgänger Healy den „Kampf gegen den Stalinismus“ schon einmal bezahlen. Unter dieser Losung begrüßte das sogenannte „IK“ des BSA 1979 Saddams Hinrichtung von 21 Mitgliedern der irakischen Kommunistischen Partei; dafür bekamen sie Millionen Pfund vom baathistischen Diktator und anderen (für eine ausführliche Schilderung der schmutzigen Geschichte des BSA siehe *Spartakist* Nr. 85, April 1991: „Blutgeld des BSA-Führers“). Heute ist dieses Geld ausgetrocknet. Aber ihre Beihilfe zur Konterrevolution in der DDR hat ihnen anscheinend nichts eingebracht – die Konterrevolution entläßt ihre Kinder. ■

Rassistische Volksfront...

Fortsetzung von Seite 1

Kampf gegen Konterrevolution fort. Und wir sagen weiterhin die ungeschminkte Wahrheit: Die Nazi-Banden sind nicht „Verirrungen“ der bürgerlichen Demokratie, sondern die Hilfstruppen des Kapitals. *Das braune Pack kann letztlich nur durch sozialistische Revolution vernichtet werden, die von einer authentisch kommunistischen Partei geführt wird.* Dies ist die zentrale Lehre, die eine neue Generation von jungen linken Radikalen lernen muß, während sie den Kampf gegen die faschistische Geißel aufnimmt, die zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert auf deutschem Boden aufsteigt. Und dies ist das Programm, mit dem die SpAD den Kampf führt, um die Einheitsfront-Arbeiterverteidigung von Immigranten und Flüchtlingen zu organisieren und machtvolle Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen aufzubauen, um die Nazis zu zerschlagen.

Tausende schreien „Heuchelei“

In Berlin holte sich die rassistische Allparteienkoalition von CDU/FDP/SPD/PDS am 8. November eine kalte Abfuhr, als vor über 300 000 Demonstranten die Rede des Bundespräsidenten Weizsäcker in einem Eier- und Tomatenhagel und im tosenden Pfeifkonzert von Tausenden unterging. Weizsäcker konnte nur hinter einem Heer von Polizeischilden zu Ende sprechen, Bundeskanzler Kohl mußte den Zug nach wenigen Minuten fluchtartig verlassen. Es gab wütende Losungen gegen die „Heuchelei“ der Bonner Politiker: „Die Biedermänner sind die Brandstifter“, erklärte ein großes Banner, ein anderes lautete: „Rassistische Politiker demonstrieren für deutsche Exporte“.

Jetzt verrenken sich Vogel und Engholm dabei, die 300 000 in Berlin als „breites gesellschaftliches Bündnis“ für ihre rassistische Asylpolitik „jenseits der CSU“ zu benutzen. Doch viele Blöcke bei der Demonstration wollten gegen die rassistischen Bonner Parteien protestieren, darunter auch Jusos und Falken sowie kleinere Gewerkschaftsblöcke von IG Metall und ÖTV. SPD-Chef Engholm wurde in der Karl-Liebknecht-Straße mit Rufen „Mörder, Mörder“ empfangen, in Erinnerung an die Rolle der SPD 1919 als Bluthunde bei der Ermordung der KPD-Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Schon am 4. November gingen in Berlin 20 000 Linke in erklärter Opposition gegen die heuchlerische Weizsäcker-Großkundgebung mit der Losung „Stoppt die rassistische Asyldebatte!“ auf die Straße. Dazu aufgerufen hatten Antifa- und Gewerkschaftsgruppen, Immigrantenorganisationen, Jusos und die PDS. Die Berliner ÖTV-Jugend faßte einen Beschluß, den 8. November zu boykottieren. Zum ersten Mal enthielt der Demo-Aufruf auch die Forderung nach vollen Bürgerrechten für alle hier lebenden Menschen – eine Forderung, die bisher nur von der Spartakist-Arbeiterpartei aufgestellt wurde. Das Banner der Spartakisten rief bei der Demo außerdem dazu auf: „Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfrontaktion!“

Nach Kohls Drohung über einen „Staatsnotstand“ folgte den Eierwürfen am 8. November erneut eine hysterische Kampagne über „Gewalt“, bei der sich besonders die grün/alternativ-nationalistische taz hervortat. In Berlin nahm die CDU eine Rede der PDS-Abgeordneten Dörre im Abgeordnetenhaus (bei der sie sich entgegen der sonstigen Gewohnheiten der PDS nicht an der „Gewalt“-Hetze gegen Linke beteiligte, sondern verbal die Eierwerfer verteidigte und die „Brandstifter“ anklagte), zum Anlaß, ein Verbot der PDS zu fordern.

Die große Koalition zur Abschaffung des Asylrechts will mit dieser Hetze eine Verschärfung des Demonstrationsrechts und größere Polizeivollmachten wie Abhöraktionen



Thilo Rückeis/Tagesspiegel

Saubermann des Vierten Reichs – ein schmutziges Geschäft

und Schnellgerichte durchdrücken, die gegen Linke, Arbeiter und Immigranten eingesetzt werden. Dieser Bullenterror findet bereits täglich statt, wie am 12. November in Augsburg, wo 200 Bullen die Asylunterkunft stürmten, die Türen eintraten und die Bewohner stundenlang terrorisierten, weil diese aus Protest gegen die Sozialhilfe-Kürzung drei Tage die Annahme von Lebensmittelpaketen verweigert hatten. Die SpAD ruft zu Arbeitermassenmobilisierungen auf, um gegen diesen Polizeiterror zu protestieren, der sich auch im August gegen die antirassistischen Demonstranten in Rostock und 1990 bei dem Angriff auf die Hausbesetzer in der Mainzer Straße auf das Niveau von Bürgerkriegsmanövern zuspitzte. Und wir fordern: Freiheit für die 14 Antifaschisten vom Lustgarten! Weg mit den Verfahren gegen die autonomen Veranstalter der Pressekonferenz über die Eierwürfe!

PDS: Rassismus „mit kühlem Kopf“

Nur die PDS wollte auf beiden Hochzeiten tanzen, am 4. und am 8. November, und warb für ein „breites demokratisches Bündnis“ mit den staatlichen Rassisten: Nachdem Gysi/Modrow die DDR an die Imperialisten verschenkt haben, sorgen sie sich mehr um die „demokratische“ Bemäntelung des Vierten Reichs als um die Verteidigung der Flüchtlinge. Wir Spartakisten haben seit langem darauf hingewiesen, daß die PDS mit ihrer Forderung nach mehr Polizei ein Teil der rassistischen Volksfront ist. Und in diesen Novembertagen wurde diese Tatsache vor allen Augen offensichtlich. Am 5. November berichtet *Neues Deutschland* unumwunden, wofür sie demonstriert haben: „Jetzt sind auch Polizei und Verfassungsschutz gefordert, ein ebenso deutliches Signal zu setzen“. Und am 9. November will ND die Wutausbrüche gegen die rassistischen Politiker vom Vortag besänftigen und fordert: „Mit kühlem Kopf über ein Zuwanderungsgesetz reden, das praktische Probleme berücksichtigt“. Dieser zynische Aufruf bedeutet, die Forderungen des Nazipacks nach Massenabschiebungen umzusetzen!

Doch nicht nur die Leute, die sich darum rissen, am 8. November mit den Oberrassisten gemeinsam das „Ansehen im Ausland“ zu heben, hängen sich an die rassistische Volksfront an. Auch der Demo-Aufruf zum 4. November enthielt kein Wort darüber, wie die Pogrome gestoppt und die Flüchtlinge verteidigt werden können. Genau wie die

Fortgesetzt auf Seite 22

Rassistische Volksfront...

Fortsetzung von Seite 21

große Bonner Demonstration vor dem SPD-Parteitag am 14. November hatten die Initiatoren keine vom bürgerlichen Staat und der SPD unabhängige Strategie. Um der heuchlerischen Bonner Rassisten-Riege entgegenzutreten, brauchen wir nicht eine „linkere Volksfront“ mit linken Losungen, die genauso an den bürgerlichen Staat und die SPD appellieren und Druck ausüben wollen. Sondern wir müssen für die Mobilisierung der Arbeiterklasse kämpfen, unabhängig von der Bourgeoisie.

Jetzt, wo Hunderttausende Antifaschisten auf die Straßen gegangen sind, ist der Zeitpunkt gekommen, durch machtvolle Einheitsfrontaktionen die Faschisten zu zerschlagen – und zwar dort, wo die Nazis ihr blutiges Gewerbe ausüben wollen. Doch dazu müssen die Jugendlichen, die ihren Abscheu gegenüber der rassistischen Volksfront gezeigt haben, für die Klassenperspektive der Mobilisierung der Arbeiterklasse gewonnen werden, die mit ihrem strategischen Bestandteil von eingewanderten Arbeitern die soziale Kraft darstellt, um die Nazis zu zerschlagen. Auch die Autonomen, die z.B. bei dem Rostocker Pogrom mutig die vietnamesischen Arbeiter und ihre Familien gegen das Nazi-Pack verteidigten, müssen von ihrer arbeiterfeindlichen Haltung brechen, wenn sie den Nazi-Terror und den staatlichen Rassismus wirklich stoppen wollen. Die starke Beteiligung von Gewerkschaftsblöcken bei den antifaschistischen Demonstrationen wie auch die Wahl des türkischen Metallers Yilmaz Karahasan in die Führung der IG Metall, gegen den Widerstand Steinkühlers, sind ein deutliches Zeichen für den Kampfwillen der Arbeiter.

Zuletzt hat der mächtige ÖTV-Streik von Millionen Arbeitern im Mai/Juni, der von den Ostberliner BVGLern gegen die Spaltungspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung auf den Osten ausgeweitet wurde und die Kohl-Regierung zum Wackeln brachte, die Kraft der Arbeiterklasse gezeigt. Und wie schon bei den Klassenkämpfen zuvor standen die eingewanderten Arbeiter dabei an vorderster Front. Sie sind nicht der SPD verpflichtet, die den chauvinistischen Dreck in die Arbeiterklasse hineinträgt und die Arbeiter in Ost, West und Immigranten aufspaltet. Um zu gewinnen, brauchen die Arbeiter eine internationalistische revolutionäre Partei, die die Macht der Arbeiterklasse entfesselt im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Antisemitismus, die gegen die antikommunistische Hexenjagd kämpft und Bonns Abschiebegesetze hinwegfegt.

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Notwendig sind gewerkschaftliche Arbeiterverteidigungsgruppen, die die Wohnheime gegen Nazi-Angriffe schützen. Verteidigt Flüchtlinge und Asylrecht!

Es ist bemerkenswert, daß viele Jusos und Falken-Gruppen sich an den Protesten gegen faschistischen Terror beteiligten – und explizit gegen die offizielle SPD-Politik. So demonstrierten am Vortag des SPD-Parteitags erneut an die 200 000 Menschen in Bonn gegen den Abbau des Asylrechts. „Sozialdemokraten – Rassismus auf Raten“ lautete ein Juso-Banner auf der Demo. Aber nicht erst seit Engholms Unterstützung für eine Grundgesetzänderung führt die SPD die schmutzige Abschiebekampagne an, um die Flüchtlinge zu Sündenböcken für Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot im Vierten Reich zu machen.

Sozialdemokraten – Rassismus in Taten

Seit Jahren errichten SPD-Landesregierungen in Taten Sammellager im Stil von KZs und veranstalten Zählappelle, organisieren Massenabschiebungen von Kurden, Roma und Sinti. Während die „Brandstifter“ Lafontaine und Rau die Roma hetzen und abschieben, setzen die Nazis deren Wohnheime und Zelte in Brand. Und während in Bonn 200 000 demonstrierten, wurden in der SPD-regierten Stadt München hundert Roma nach Rumänien abgeschoben, als erster Vorstoß des Deportationsabkommens von Innenminister Seifers mit Bukarest, in dem für ein Blutgeld von Millionen DM die Massenabschiebung von Zehntausenden Roma ausgehandelt wurde. Ein weiteres Abkommen wurde mit Bulgarien unterschrieben.

Für Engholm/Lafontaine ist der Abbau des Asylrechts die Eintrittskarte in eine „große Koalition“, zusammen mit ihrem Beschluß für weltweiten Bundeswehr-Einsatz (natürlich mit Blauhelmen), um die „Festung Europa“ unter der Herrschaft des Vierten Reichs auszubauen. Durch rassistische Hetze daheim soll die Bevölkerung auf die Ambitionen des Imperialismus nach außen eingestimmt werden, für ihren Drang nach Osten. Um Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion als Neokolonien ausbeuten zu können, wollen die SPD/DGB-Bonzen die Arbeiter in einen „Sozialpakt“ hineinzwängen und deren Kampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie auf Löhne, Gesundheitswesen und Arbeitszeit abwürgen. Dabei dient die von der SPD angeführte antikommunistische Hexenjagd zur „moralischen Wiederaufrüstung“ des Vierten Reichs durch Rehabilitierung des Dritten.

Wir Spartakisten haben 1989 beim Zusammenbruch der stalinistischen Bürokratie in der DDR für ein rotes Rätedeutschland agitiert und alle Kräfte für eine kämpferische sozialistische Perspektive gegen die kapitalistische Wiedervereinigung eingesetzt. Unser Kampf für eine proletarisch-politische Revolution traf auf breites Interesse unter den Arbeitern, die nach einer sozialistischen Antwort auf die wirtschaftliche und politische Krise in der DDR suchten. Im Januar 1990 warf die antifaschistische Massendemonstration von 250 000 gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals im Treptower Park, die von den Spartakisten initiiert und dann von der SED-PDS aufgegriffen wurde, zum ersten Mal die Möglichkeit des organisierten proletarischen Widerstands seitens der Arbeiterbasis der SED-PDS gegen kapitalistische Wiedervereinigung auf. Treptow zeigte die Macht des trotzkistischen Programms und unseres Kampfes für Arbeitereinheit. Doch die ehemaligen Stalinisten erschrakten vor dem Gespenst des proletarischen Bürgerkriegs und gingen vor der massiven Hetzkampagne und dem Ansturm der Kapitalisten in die Knie. Dann kam Gorbatschows/Modrows „Deutschland, einig Vaterland“, Gysi beschwor eine sanfte Konterrevolution und lullte bei der Währungsunion die Massen mit der Losung 1:1 ein.

Wie wir Spartakisten in unserem Aufruf zur antifaschistischen Demonstration in Treptow warnten: „Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in

Spartakist-Veranstaltungen

Leipzig

Donnerstag, 10. Dezember, 19.00 Uhr

**Zerschlagt die Nazi-Pogrome jetzt und überall!
Für Einheitsfrontaktionen
von Arbeitern und Immigranten!**

Kinder- und Jugend-VILLA, Karl-Tauchnitz-Str. 3

Halle

Mittwoch, 16. Dezember, 18.00 Uhr

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution

Jägerplatz 14, Erster Stock, O-4020 Halle

Weitere Informationen: (03 45) 2 90 55

einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist aber die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen. Das vielköpfige faschistische Ungeheuer abzuwürgen heißt, diesem sozialdemokratischen Vordringen Einhalt zu gebieten.“

Die Bourgeoisie, die SPD und die PDS waren empört, als wir die Sozialdemokratie als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution“ bezeichneten, aber das genau war die Wahrheit. Genauso kochen sie heute vor Wut, wenn die SpAD „Hände weg von Honecker“ fordert und das Vierte Reich bei seinem richtigen Namen nennt.

Der kapitalistische Anschluß der DDR war eine schwere Niederlage für die internationale Arbeiterklasse und hat der Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion einen riesigen An Schub gegeben. Besonders hat es die Frauen getroffen, die wieder an Kinder, Kirche und Küche gefesselt werden sollen. Aber nach weniger als drei Jahren gibt es jetzt eine tiefe Feindschaft unter den Werktätigen und Jugendlichen gegen die Herrscher des Vierten Reichs. Und mit dem Anschluß der ostdeutschen Arbeiter, die das höchste sozialistische Bewußtsein Europas hatten und nicht so stark unter der Kontrolle der SPD stehen, an die organisatorisch stärkste Arbeiterklasse Europas haben sich die Kapitalisten vielleicht ihre eigenen Totengräber ins Land geholt.

Als die Nazis am 9. November letzten Jahres, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, mit einem Aufmarsch in der Arbeiterstadt Halle drohten, initiierten das Komitee für soziale Verteidigung und die Spartakist-Arbeiterpartei eine Arbeitereinheitsfront, um die Nazis dort zu stoppen, wo sie ihre Provokation starten wollten. Viele empörte Gewerkschafter nahmen den Vorschlag auf und mobilisierten dafür unter Metallern, Chemie-Arbeitern und Eisenbahnern und



Spartakist

Antifaschistischer, prosowjetischer Massenprotest in Treptow, 3. Januar 1990

zwangen so den DGB dazu, für eine wirkliche, machtvolle Arbeitereinheitsfront aufzurufen – die Möglichkeit, die Nazis zu stoppen, war zum Greifen nahe. Doch gerade vor dem Gespenst der organisierten Arbeiterbewegung schreckten die sozialdemokratischen Bürokraten buchstäblich in letzter Minute zurück und verrieten die Aktion. Wenn die Nazis damals gestoppt worden wären, hätten sie sich in Rostock nicht so dreist zeigen können.

Nachdem die deutsche Bourgeoisie die DDR verschlungen hat, hat sie jetzt Probleme, ihre Eroberung zu verdauen. In Verbindung mit den Zehntausenden von Jugendlichen, die jetzt auf die Straße gehen, ist die Arbeiterklasse die soziale Macht, die mobilisiert werden kann, um die faschistischen Banden zu zerschlagen. Die SpAD kämpft dafür, Arbeiter, Immigranten und Jugendliche für den Aufbau einer bolschewistischen Partei in der Tradition von Lenin und Trotzki zu gewinnen, die als Volkstribun für alle Unterdrückten kämpft, um die sozialistische Revolution zu führen, die die Nazibrut ein für alle Mal zerschlagen wird. ■

Massenproteste in Italien...

Fortsetzung von Seite 24

ihre Enkel blieben bis zur Dämmerung auf der Straße und feierten ihren Sieg über die Faschisten. Ein Überlebender von Auschwitz wurde triumphierend in die Luft gehoben und auf der eroberten Faschistenfahne durch die Nachbarschaft getragen. Wie ein Jugendlicher, der an der Aktion teilnahm, sagte: „Es war der schönste Augenblick meines Lebens. Wenn er sterben muß, hoffentlich nicht in den nächsten hundert Jahren, dann wird er wenigstens wissen, daß sich etwas verändert hat (*Corriere della Sera*, 7. November).“

Diese dramatische und militante Selbstverteidigungsaktion elektrisierte antirassistische Kämpfer in ganz Italien. Am 9. November hüpfen etwa 25 000 Oberschüler durch die Straßen von Mailand, sie schrien: „Spring, wenn du kein Faschist bist!“, und überschütteten das Hauptquartier von Bossis Lombardischer Liga mit Stahlkugeln und Münzen. 60 000 strömten durch die Straßen von Rom.

Linke Jugendliche mit dem palästinensischen Keffiyeh-Halstuch hakten sich bei jüdischen Jugendlichen mit dem Yarmulke (Käppchen) unter und befestigten die Nummer 174517 auf ihrem Ärmel – mit dieser Nummer tätowierten die Nazis Primo Levi in Auschwitz. Als Tribut an diesen bemerkenswerten Menschen, einen bekannten italienischen

Autor, Überlebenden der Konzentrationslager und antifaschistischen Kämpfer skandierten linke Jugendliche: „Primo Levi lehrte uns! Wir werden den Holocaust nicht vergessen!“, und: „Es ist kein Verbrechen, einen Faschisten zu töten!“ Führer der italienischen Studentenbewegung verlangen, daß Primo Levis Bücher zur Pflichtlektüre in öffentlichen Schulen gehören.

Unsere Genossen von der Lega Trotskista d'Italia beteiligten sich an den Demonstrationen in Rom und Mailand und trugen Plakate, auf denen stand: „Die proletarische Revolution wird den Holocaust rächen“, „Volle Staatsbürgerrechte für immigrierte Arbeiter“ und „Zerschlagt den antisemitischen, immigrantenfeindlichen Terror“. Jugendliche schnappten sich begierig Exemplare der LTd'I-Zeitung *Spartaco* und griffen unsere skandierten Losungen auf.

Es gibt heute in Italien eine militante proletarische Opposition gegen Faschismus und kapitalistische Angriffe – ohne Führung. Juden und Immigranten sind in der Konfrontation mit den Faschisten allein gelassen worden, während die reformistischen Parteien und die Gewerkschaftsspitzen alles nur mögliche getan haben, um ihre Arbeiterbasis von einer Konfrontation mit den Faschisten fernzuhalten. Es ist notwendig, eine echte bolschewistische Partei aufzubauen, die als *Volkstribun* dient und diese Kämpfe zum Sieg führt.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 563, 13. November

SPARTAKIST

**Rom, 9. November –
Jüdische Studenten protestie-
ren gemeinsam mit 30 000
Gewerkschaftern und Jugend-
lichen gegen Antisemitismus.
Die Arbeiterbewegung wird die
Opfer des Holocaust durch
proletarische Revolution
rächen!**



Financial Times

Jüdische Gemeinde jagt Faschisten auseinander Massenproteste gegen Rassismus in ganz Italien

Zweihunderttausend Arbeiter und Jugendliche sind am 9. November in ganz Italien in 31 Städten auf die Straße gegangen, im Gedenken an den Jahrestag des „Kristallnacht“-Pogroms der Nazis 1938 und als Protest gegen die zunehmende Welle von rassistischem Terror im Land. Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und der Zusammenbruch des Stalinismus in ganz Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion haben Italien in einen tiefgehenden wirtschaftlichen und politischen Aufruhr gestürzt. „Polarisiert“ ist geradezu eine Untertreibung; das Land ist kurz vor dem Bersten.

Ermutigt durch den verblüffenden Wahlerfolg der faschistoiden Lombardischen Liga unter der Führung von Umberto Bossi, eskalieren die Faschisten die rassistische Gewalt gegen Juden und Immigranten im ganzen Land. Die Polizei verschließt bewußt die Augen davor. Letzten Juni in Rom, bei einer Konfrontation von wütenden jüdischen Demonstranten mit einem faschistischen Mob, brüllte ein Polizist: „Sie haben nicht genügend Seife aus den Juden gemacht.“

Inzwischen befinden sich die Industriearbeiter und die Oberschüler, ohne irgendeine Führung – in Wirklichkeit gegen ihre bestehenden reformistischen Führungen –, jetzt seit beinahe zwei Monaten in vollem Aufruhr. Sie haben dabei eine Stadt nach der anderen durch Generalstreiks

lahmgelegt, die sich gegen das brutale Austeritätsprogramm der Regierung richten, das vom Maastricht-Vertrag (d. h. von deutschen Bankiers) diktiert wird. Am 10. Oktober haben die Arbeiter und Studenten Turin dichtgemacht, sie strömten auf die Straße und marschierten zum Rathaus mit Sprechchören „Hier sind wir mit unseren roten Bannern! Umberto Bossi, verpiss dich!“

Nachdem im letzten Monat 50 000 Faschisten ungehindert durch die Straßen von Rom ziehen konnten, waren das alte jüdische Getto und das Afrikanerviertel von Rom übersät mit rassistischen Schmierereien und gelben Davidsternen. Als Antwort darauf – unter Mißachtung der „verantwortungsbewußten“ Appelle, doch „die Nazis zu ignorieren“ – machten mehrere hundert Jugendliche und Überlebende der Konzentrationslager, bewaffnet mit Eisenstangen und Ketten, am 5. November einen erfolgreichen blitzartigen Überfall auf das Hauptquartier der faschistischen „Movimento Politico Occidentale“ (Politische Bewegung des Abendlands). Ein Faschist landete im Krankenhaus, und ein Bulle trug von dem Kampf ein blaues Auge davon.

Die faschistische Fahne wurde von der Wand heruntergerissen und als eine Kriegstrophäe zurück ins jüdische Viertel gebracht. Überlebende der Todeslager, ihre Kinder und

Fortgesetzt auf Seite 23